

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando
Einzelhefte 1.50 RM, monatlich 1.50 RM,
wöchentlich 50 Pf. frei und Haus...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 12. Januar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern...

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Die deutsche Antwort auf die Ablehnungsnote

Gegenseitige Achtung und Gleichberechtigung.

Den Berliner Vertretern der neutralen Regierungen ist, wie amtlich gemeldet wird, folgende Note der deutschen Regierung zugestellt worden:

Die Kaiserliche Regierung hat durch die Vermittlung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, der Königlich Spanischen Regierung und der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft die Antwort ihrer Gegner auf die Note vom 12. Dezember erhalten, in der Deutschland im Einklang mit seinen Verbündeten den abschließenden Eintritt in Friedensverhandlungen vorschlug.

Die Gegner lehnen diesen Vorschlag mit der Begründung ab, daß es ein Vorschlag ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung sei. Die Form, in die sie ihre Mitteilung kleiden, schließt eine Antwort an sie aus. Die Kaiserliche Regierung legt aber Wert darauf, den Regierungen der neutralen Mächte ihre Auffassung über die Sachlage zu kennzeichnen.

Die Mittelmächte haben keinen Anlaß, erneut auf Auseinandersetzungen über den Ursprung des Weltkrieges einzugehen.

Die Geschichte wird urteilen, wenn die ungeheure Schuld an dem Kriege trifft. Die Verantwortlichkeit über die Einkreisungspolitik Englands, die Revanchepolitik Frankreichs, das Streben Rußlands nach Konstantinopel hinweggehen, wie über die Aufwiegelung Serbiens, den Mord in Sarajewo und die Gesamtmobilmachung Rußlands, die den Krieg gegen Deutschland bedeutete.

Deutschland und seine Verbündeten, die zur Verteidigung ihrer Freiheit und ihres Lebens zu den Waffen greifen mußten, betrachten dieses ihr Kriegsziel als erreicht.

Die feindlichen Mächte sind immer weiter von der Verwirklichung ihrer Pläne entfernt, die nach den Erklärungen ihrer verantwortlichen Staatsmänner unter anderem auf die Eroberung Elsas, Lothringens und mehrerer preussischer Provinzen, die Erniedrigung und Verminderung der österreichisch-ungarischen Monarchie, die Aufteilung der Türkei und die Verstummlung Bulgariens gerichtet sind. Angesichts solcher Kriegsziele wirkt das Verlangen nach Ehre, Wiedergutmachung und Bürgschaft im Munde der Gegner überaus lächerlich.

Die Gegner bezeichnen den Friedensvorschlag der vier verbündeten Mächte als Kriegsmanöver. Deutschland und seine Bundesgenossen müssen auf das nachdrücklichste Verweigerung dargeben, daß ihre Beweggründe, die sie offen dargelegt haben, auf diese Weise geklärt werden. Ihre Überzeugung war, daß ein gerechter und für alle Kriegsführenden annehmbarer Friede möglich sei, daß er durch unmittelbaren mündlichen Gebührendenaustausch herbeigeführt werden könne, und daß deshalb weiteres Blutvergießen nicht zu verantworten sei.

Die ohne Vorbehalt ausgesprochene Bereitschaft, beim Eintritt in die Verhandlungen ihre Friedensvorschläge bekanntzugeben, widerlegt jeden Zweifel an ihrer Aufrichtigkeit. Die Gegner, in deren Hand es lag, das Angebot auf seinen Gehalt zu prüfen, haben weder die Prüfung verweigert, noch Gegenanträge gemacht. Statt dessen erklären sie einen Frieden für unmöglich, so lange nicht die Wiederherstellung der verletzten Rechte und Freiheiten, die Anerkennung des Grundgesetzes der Nationalitäten und der freien Existenz der kleinen Staaten gewährleistet ist. Die Aufrichtigkeit, die der Gegner dem Vorschlag der vier verbündeten Mächte abspricht, wird die Welt diesen Forderungen nicht zubilligen können, wenn sie sich das Geschick des irischen Volkes, die Vernichtung der Freiheit und Unabhängigkeit der Burenrepubliken, die Unterwerfung Nordafrikas durch England, Frankreich und Italien, die Unterdrückung der russischen Fremdbüder und schließlich die ohne Sorgung in der Geschichte dastehende Bergewaltigung Griechenlands vor Augen hält.

Auch über die angeblichen Völkerrechtsverletzungen der vier Verbündeten sind die feindlichen Mächte nicht befragt, Beschwerden zu führen, die von Beginn des Krieges an das Recht mit Füßen getreten und die Verträge, auf denen es beruht, zertrümmert haben. England sagte sich schon in den ersten Wochen des Krieges von der Londoner Deklaration los, deren Inhalt seine eigenen Völkerrechte als geltendes Völkerrecht anerkannt hatten, und verlegte im weiteren Verlauf des Krieges auch die Pariser Deklaration auf schwerste, so daß durch seine willkürlichen Maßregeln für die Kriegführung zur See der Zustand der Rechtslosigkeit eintrat.

Der Hungereinsatzkrieg gegen Deutschland und der in Englands Interesse ausgeübte Druck auf die Neutralen steht mit den Regeln des Völkerrechts nicht minder in schreiendem Widerspruch wie mit den Geboten der Menschlichkeit.

Ebenso völkerrechtswidrig und mit den Grundätzen der Zivilisation unvereinbar ist die Verwendung farbiger Truppen in Europa und das Einbringen des Krieges nach Afrika, das unter Bruch bestehender Verträge erfolgt ist und das Ansehen der weißen Rasse in diesem Weltteil untergräbt. Die unmenschliche Behandlung der Gefangenen, besonders in Afrika und in Rußland, die Verschleppung der Zivilbevölkerung aus Ostpreußen, Elsas, Lothringen, Galizien und der Bukowina sind weitere Beweise, wie die Gegner Recht und Kultur achten.

Am Schluß ihrer Note vom 10. Dezember verweisen die Gegner auf die besondere Lage Belgiens.

Die Kaiserliche Regierung vermag nicht anzuerkennen, daß die Belgische Regierung immer die Pflichten beobachtet hat, die ihre Neutralität auferlegte. Schon vor dem Kriege hat Belgien unter der Einwirkung Englands sich militärisch an England und Frankreich angelehnt und damit den Geist der Verträge selbst verleugert, die seine Unabhängigkeit und seine Neutralität sicherstellen sollten. Zweimal hat die Kaiserliche Regierung der Belgischen Regierung erklärt, daß sie nicht als Feind nach Belgien komme und sie gebeten, dem Lande die Schrecken des Krieges zu ersparen. Sie hat sich für diesen Fall erhoben, Festland und Unabhängigkeit des Königreichs in vollem Umfange zu garantieren und allen Schaden zu ersetzen, der durch den Durchzug der deutschen Truppen verursacht werden könne. Es ist bekannt, daß die Königlich Großbritannien Regierung im Jahre 1887 entschlossen war, sich der Inanspruchnahme eines Vegerichts durch Belgien unter diesen Voraussetzungen nicht zu widersetzen. Die Belgische Regierung hat das wiederholte Anerkennen der Kaiserlichen Regierung abgelehnt. Auf sie und diejenigen Mächte, die sie zu dieser Haltung verurteilt haben, fällt die Verantwortung für das Schicksal, das Belgien betroffen hat. Die Anschuldigungen wegen der deutschen Kriegführung in Belgien und die dort im Interesse der militärischen Sicherheit getroffenen Maßnahmen hat die Kaiserliche Regierung wiederholt als unwahr zurückgewiesen. Sie legt erneut energische Verweigerung gegen diese Verleumdungen ein.

Deutschland und seine Bundesgenossen haben einen ehrlichen Versuch gemacht, den Krieg zu beendigen und eine Verständigung der Kämpfenden anzubahnen.

Die Kaiserliche Regierung stellt fest, daß es lediglich von dem Entschluß ihrer Gegner abhängt, ob der Weg zum Frieden betreten werden sollte oder nicht. Die feindlichen Regierungen haben es abgelehnt, diesen Weg zu gehen, auf sie fällt die volle Verantwortung für den Fortgang des Unterganges. Die vier verbündeten Mächte aber werden den Kampf in ruhiger Zuversicht und im Vertrauen auf ihr gutes Recht weiterführen bis ein Friede erstritten ist, der ihren eigenen Willen über, Dasein und Entwicklungsfreiheit verbürgt, allen Staaten des europäischen Kontinents aber die Wohltat schenkt, in gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung gemeinsam an der Lösung der großen Kulturprobleme zu arbeiten.

Wird die Note Friedensbedingungen nennen?

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Basel berichtet: Die Konferenz in Rom hat sich, wie der Pariser Korrespondent des „Bund“, allem Anschein nach auf eine Information des Ministers des Auswärtigen hin berichtet, mit der Antwort der Entente auf die Note Wilsons befaßt. In welchem Sinne diese Antwort erfolgen dürfte, deutet der Berichterstatter wie folgt an: Die Antwort der Entente an die Mittelmächte ist erfolgt. Sie ist ein nicht mißzuverstehendes Nein gewesen. Die Alliierten wollen sich nicht im jetzigen Augenblick mit den Mittelmächten, deren Friedensbedingungen sie nicht kommen, an den grünen Tisch setzen. Präsident Wilson hat in seiner Note die Kriegsführenden eingeladen, ihre Friedensbedingungen bekannt zu geben und sich bereit gezeigt, für die Neuordnung der Dinge in Europa seinen Beistand zu leisten. Die Mittelmächte haben ihre Friedensbedingungen nicht genannt und lediglich von einer Konferenz unter den Kriegsführenden in einem neutralen Staate geredet.

Die Verlauterung, wird die Entente genau das Gegenteil tun, sie wird in ihrer Antwort die Bedingungen nennen, unter denen sie bereit ist, den Frieden mit den Mittelmächten zu schließen, und wird sich bereit erklären, die Mitarbeit der Neutralen zur Neuordnung der Verhältnisse in Europa anzunehmen. Wenn alle Friedensbedingungen genannt werden, so wird die Antwort der Entente an Wilson ein umfangreiches Dokument werden. Man kann annehmen, daß eine vorläufige Besprechung in den letzten Wochen stattgefunden hat und daß die Konferenz in Rom die Note endgültig gutheißt.

Die Verlauterung, daß das Friedensangebot der Mittelmächte ehrlich gemeint ist, daß die Mittelmächte mit dem Erfolg ihrer Verteidigung ihr Kriegsziel erreicht haben, wird wiederholt. Die stärkste Beachtung verdient aber der Schlußsatz der Note, in dem gesagt wird, der Kampf solle weitergeführt werden, bis ein Frieden erstritten ist, der allen Staaten des europäischen Kontinents die Wohltat schenkt, in gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung an der Lösung der großen Kulturprobleme zu arbeiten. So zeigt die deutsche Note ein nachdrückliches und unerschütterliches Beharren im Friedenswillen, der durch den Willen

der Gegner wohl auf seinem Weg aufgehalten, aber von seinem Ziel nicht abgelenkt werden kann. Den Gegnern wird auf dem Wege über die Neutralen gesagt, daß sie noch immer einen Frieden der gegenseitigen Achtung und Gleichberechtigung haben können und daß die gequälten Völker Europas diesen Frieden bekommen werden an dem Tage, an dem alle Völker stark genug sein werden, ihn von ihren Regierungen zu erlangen.

Nicht lange mehr können die Minister der Entente Tapferkeit von ihren Soldaten verlangen, weil sie selber nicht den Mut haben, sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Die Vermunft ist auf dem Wege, trotz alledem, und ein Frieden gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung mit ihr!

Die Note der Entente an Wilson in Paris überreicht.

Paris, 10. Januar. Havas meldet: Ministerpräsident Briand empfing heute um 2 Uhr 30 Min. nachmittags den amerikanischen Botschafter Sharp und übergab ihm im Namen aller alliierten Regierungen die Antwort auf die am 19. Dezember von Präsident Wilson den kriegsführenden Staaten gemachte Mitteilung.

Briand übergab Sharp gleichzeitig eine Note, durch die die belgische Regierung, unter Bestätigung ihrer völligen Zustimmung zu der gemeinsamen Antwort der Alliierten, ihre Dankbarkeit gegen die amerikanische Regierung bezeugen möchte für die von der amerikanischen Regierung der unglücklichen Bevölkerung des besetzten Belgiens geleisteten edelmütigen Dienste und für die lebhafteste Sympathie, die die amerikanische Nation bei jeder Gelegenheit Belgien auf Grund der eigenartigen Lage dieses Landes, das durch die Verletzung seiner Neutralität zum Kriege gezwungen worden sei, bezeigt hat. Baron Dechy, der belgische Minister des Auswärtigen, war persönlich an Seite Briands bei dem Empfange Sharps zugegen.

Die Antwort der alliierten Regierungen wird Freitag früh veröffentlicht werden — da die alliierten Regierungen die Sicherheit haben wollen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten auf diese Weise die Note persönlich zur Kenntnis nehmen kann, ehe eine Veröffentlichung durch die Presse erfolgt.

London, 10. Januar. Das Kaiserliche Bureau erfährt: Der Text der Note wird in Paris veröffentlicht werden, aber erst 48 Stunden, nachdem die Nachricht eingetroffen ist, daß Wilson sie empfangen hat.

Bern, 10. Januar. „Matin“ will wissen, daß auf der Konferenz in Rom der von Briand ausgearbeitete Wortlaut der Antwortnote an Wilson ohne weiteres von den Vertretern der Alliierten gebilligt wurde. Es sei festgestellt worden, daß völlige Uebereinstimmung bei allen Alliierten bezüglich der Antwort auf das deutsche Friedensangebot herrsche. Die Note an Wilson werde die Ursprung der Kriegsjahre der Entente darlegen. Unsere Feinde, sagt „Matin“, werden die Antwort als schmerzliche Schlappe empfinden müssen. Das Londoner Abkommen ist lebenskräftiger als je zuvor.

Wilson's Note und die Neutralen.

New York, 10. Januar. Bezüglich der Erklärung des amerikanischen Gesandten im Haag van Dyle, daß er Wilson's Note nicht mit einer Bitte um Unterstützung seitens Hollands begleitete, erfährt „Associated Press“ aus Washington, daß das Staatsdepartement eine Erklärung abgab, daß die Vertreter der Vereinigten Staaten in den neutralen Ländern keine Anweisung gehabt hätten, Unterstützung zu erbitten, in der Annahme, daß die Note für sich selbst spreche. Aber Lansing verständigte die neutralen Vertreter in Washington, daß Wilson Unterstützung willkommen heißen würde, wenn sie den Augenblick für geeignet hielten.

Bernstorffs angebliche Äußerungen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt an der Spitze ihrer ersten heutigen Ausgabe folgende Erklärung:

In der deutschen Presse sind auf Grund von Meldungen der „London Times“ angebliche Äußerungen des kaiserlichen Botschafters in Washington, Grafen von Bernstorff, wiedergegeben worden, wonach er gesagt haben soll. Deutschland wolle um jeden Preis zur Friedenskonferenz gelangen, es sei bereit, Belgien herzustellen und zu entschädigen und Kriegsausgleichungen zu bezahlen.

Es liegt zwar auf der Hand, daß der kaiserliche Botschafter derartige Äußerungen nicht getan haben kann, und daß wir es hier mit einer der bekannten Verdrehungen und Entstellungen der amerikanisch-englischen Presse zu tun haben, es sei aber ausdrücklich festgestellt, daß weder der kaiserliche Botschafter noch ein Mitglied der kaiserlichen Botschaft in Washington derartige Äußerungen getan hat.

Die letzten Reichstagswahlen vor dem Krieg.

Heute sind es fünf Jahre seit den Reichstagswahlen von 1912, den stolzesten Siegeswahlen, die die deutsche Sozialdemokratie jemals erlebte.

Die Stimmzahl der Partei stieg von rund dreieinviertel auf rund viereinviertel Millionen. Und an Stelle der 43 Mandate, mit denen sich die Sozialdemokratie bei den Blockwahlen von 1907 hatte begnügen müssen, eroberte sie diesmal gleich im ersten Wahlgang 64. In den Stichwahlen gewann sie dann noch 46 dazu — drei mehr, als sie 1907 überhaupt gewonnen hatte — und wurde mit 110 Mann zum erstenmal die stärkste Fraktion des Reichstages.

Bum erkennenmal hatte die konservative Sammelpolitik gegen die Sozialdemokratie nahezu völligen Schiffbruch erlitten. Zum erstenmal war es gelungen, einen Reichstag zustande zu bringen, der wenigstens einigermaßen dem wirklichen Willen der Wähler entsprach. Immer noch aber blieben die Gruppen der Rechten stark begünstigt gegenüber den Gruppen der Linken. Vergleicht man die tatsächlich gewonnenen Mandate mit der Zahl der Sitze, die die Parteien nach ihrer Wählerstärke hätten erhalten sollen, so ergibt sich in der Hauptsache das folgende Bild:

	erhalten	sollen erhalten	zuletzt	zu wenig
Rechte	69	61	8	
Zentrum	90	67	23	
Sozialdemokratie	110	189	29	
Nationalliberale	44	54	10	
Fortschrittler	42	51	9	

Die ungerechte Benachteiligung der Sozialdemokratie und der liberalen Parteien wäre noch viel größer gewesen ohne das sozialdemokratisch-fortschrittliche Stichwahlabkommen. Dieses Abkommen hat gezeigt, wie es bei voller Wahrung der beiderseitigen Selbstständigkeit möglich ist, dem Willen des Volkes hinsichtlich der Zusammensetzung des Reichstags Rechnung zu tragen trotz aller Schikane und Pfiffe jener, denen das Parlament am liebsten ist, das den Wünschen der Wählermassen am wenigsten entspricht.

Das wichtigste Mittel der äußersten Rechten, sich eine bevorzugte Stellung zu verschaffen und, mit einer verhältnismäßig geringen Wählerzahl im Rücken, den Reichstag des allgemeinen Wahlrechts zu beherrschen, bestand stets darin, die Sozialdemokratie moralisch zu isolieren, sie gleichsam als die gebrandmarkte, verpestete Partei hinzustellen, mit der sich niemand einlassen könne, ohne sich selber zu demaskieren. So wirkte das Sozialistengesetz noch lange nach seiner Aufhebung fort, wurde die Sozialdemokratie in eine nicht mehr rechtliche, aber doch tatsächliche Ausnahmestellung zurückgedrängt, wurden unter dem allgemeinen, gleichen, Wahlrecht Dreiflorennwahlen fabriziert. Dieser Mann wurde durch das tatkräftige und geschickte Vorgehen der Partei bei den Wahlen von 1912 zum erstenmal gebrochen, und die Wut darüber war im gegnerischen Lager grenzenlos.

Ein Zufall der Weltgeschichte hat es gewollt, daß gerade der Reichstag der stärksten sozialdemokratischen Fraktion der schwersten Belastungsprobe ausgesetzt wurde, die einer Volksvertretung bechieden sein kann. Er hat sie glänzend bestanden. Glänzend bestanden nicht trotz, sondern gerade wegen der Stärke der Sozialdemokratie. Eine Partei, die sich dessen bewußt ist, mehr als ein Drittel des Volkes, mehr als ein Viertel der Volksvertretung zu umfassen, muß sich ihrer Verantwortung dem Volksganzen gegenüber in anderer Weise bewußt sein, als eine kleine, rechtlos gemachte und verfolgte Sekte.

Wir haben den Verfolgungen trotzig die Stirn geboten und die Ausnahmestellung, in die man uns stieß, als Ehrenplatz behauptet. Aber das entloh uns nicht der Pflicht, das Unrecht zu bekämpfen. Die Sozialdemokratie als Vertreterin aller schaffenden Schichten des Volkes ist verpflichtet, den

von ihr vertretenen Volksteil in der Gesetzgebung Geltung zu schaffen, ihr Weg ist der Weg zur politischen Macht. Sie hat das Recht, auf Niederlagen stolz zu sein, aber sie hat auch die Pflicht zu siegen. Deswegen war sie sich im Januar 1912 bewußt, dessen wird sie sich — mindestens in ihrer über-großen Mehrheit — auch stets bewußt bleiben!

Die Mauer, in die vor fünf Jahren eine breite Bresche geschossen wurde, ist jetzt von einer stärkeren Macht niedergelegt worden. Es geht nicht an, Millionen, die mit ihren Leibern das Reich schützten, als Paria und Entrechtete zu behandeln, und ihre Vertreter, die dem Reich in seiner schwersten Zeit schützend zur Seite standen, als Feinde der sogenannten „Staatshaltung“ in ein politisches Ghetto zu sperren. Vom 12. Januar 1912 über den 4. August 1914 und den 12. Dezember 1916 geht für die deutsche Arbeiterklasse und ihre Vertretung ein Weg des Aufstiegs — der Tag des Friedensschlusses und der Tag der nächsten Reichstagswahlen wird diese Voraussage bestätigen.

Heute liegen die Wahlen von 1912 wie ein Traum hinter uns, aber rechtzeitig mahnt uns die Erinnerung an sie daran, daß es nicht die normale Aufgabe der zivilisierten Menschheit ist, Schlachten zu schlagen und Kriege zu führen. Wieder wird die Zeit kommen, in der die größten Entscheidungen aus dem friedlichen Streit der Geister kommen werden. Und wenn ein künftiger Wahlkampf der deutschen Sozialdemokratie den vollen Sieg bringen sollte, dann wird die Welt wissen, daß hier eine Partei am Ruder ist, die ebenso darauf bedacht ist, den Bestand des Reiches zu wahren, wie den Weltfrieden zu erhalten und alle ihm gefährlichen Tendenzen mit eherner Energie zu bekämpfen.

Die ersten Reichstagswahlen nach dem Kriege werden eine Entscheidung bringen, die nicht viel weniger wichtig ist als die des Weltkrieges selbst. Es wird ein Kampf um das neue Deutschland sein, ein Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Wenn es bei früheren Wahlen hieß: „Es geht uns Ganze!“, so war das kaum mehr als eine rhetorische Floskel, diesmal zum erstenmal wird wirklich um die Substanz der politischen Macht, um das grundsätzliche Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit gekämpft werden.

Geradezu unverständlich erscheint es, daß manche Arbeiter, Sozialdemokraten das noch immer nicht begreifen wollen und mit aller Macht die Spaltung der Arbeiterbewegung betreiben, während doch der Blindeste sehen muß, daß die äußerste Zusammenfassung aller Kräfte das große Gebot der Zeit ist.

Indes, auch diese Schwierigkeit wird überwunden werden. Wohl ist die Möglichkeit sozialistischer Doppelfandaturen bei den nächsten Reichstagswahlen durch die Spaltungspolitik der Minderheit in bedrohliche Nähe gerückt, aber vielleicht muß — trotz Dschah-Grimma und Köhl — auch noch dieses Experiment gemacht werden, um der Minderheit zu zeigen, wo die Massen stehen. Der Gedanke an einen solchen Kampf ist recht bitter: in der Ueberzeugung von der großen politischen Zukunft der deutschen Sozialdemokratie kann er uns keinen Augenblick wankend machen.

Vielleicht sind es nur noch Monate, die uns von den nächsten Reichstagswahlen trennen. Dieser Gedanke sollte manchen, dessen Denken über den Krieg und die Fragen, die er aufgeworfen hat, nicht hinausreicht, zur Befinnung bringen. Der Reichstag selbst soll aber die Zeit, die ihm noch gegeben ist, dazu ausnützen, um dafür zu sorgen, daß bei den nächsten Wahlen der Wille des Volkes so rein wie möglich zum Ausdruck komme. Er muß aufräumen mit der ungerichten und ungleichen Wahlkreiseinteilung und jeder Partei im Reichstag die Zahl der Sitze verbürgen, die ihrer Wählerzahl entspricht. Auch die Gegner solcher Neuerungen sollten einsehen, daß mit den alten vermoderten Zwangsäden der Lauf der Dinge nicht aufzuhalten ist.

Mögen die ersten Wahlen nach dem Kriege vollenden, was die letzten Wahlen vor dem Kriege in so verheißungsvoller Weise begonnen haben: Die Sozialdemokratie im Reichstag voran, das deutsche Volk in der Welt voran auf den Bahnen friedlicher Gesittung und Kultur!

Das Ultimatum an Griechenland

Griechenland erklärt die Annahme.

Athen, 10. Januar, 4 Uhr 30 Minuten nachmittags. (Neuermeldung.) Die Antwort der griechischen Regierung wurde nachmittag überreicht. Griechenland nimmt das Ultimatum der Entente an.

Bern, 10. Januar. „Corriere della Sera“ meldet aus Athen: Das Entente-Ultimatum wurde von dem italienischen Gesandten überreicht. Man glaubt, daß die griechische Regierung das Ultimatum annehmen, aber fordern wird, daß keine revolutionären Truppen ausgeschickt werden. Das Ultimatum verlangt, daß die in der Woche vom 31. Dezember enthaltenen Forderungen innerhalb vierzehn Tagen vollständig erfüllt sind. Die Bevölkerung ist ganz ruhig. Gestern fand ein Kronrat unter Beteiligung aller ehemaligen Ministerpräsidenten statt. Während des Kronrates war Lambros für kurze Zeit zwecks Aufklärungen bei Vossdari. Abends trat der Ministerrat zusammen.

Bern, 10. Januar. „Matin“ schreibt zum Ultimatum der Entente an Griechenland: Die Haltung König Konstantins, die dem Ultimatum folgen wird, wird gegebenenfalls Maßnahmen zeitigen, die zu ergreifen wir nicht zögern dürfen, und die bereits in völliger Uebereinstimmung mit dem Oberkommando beschlossen sind, ohne daß ein neuer Meinungsaustrausch notwendig wäre.

Das englische Schlachtschiff „Cornwallis“ vernichtet.

Durch U-Boot im Mittelmeer versenkt.

London, 11. Januar. Meldung des Reuterschen Bureau. Amlich. Das Schlachtschiff „Cornwallis“ wurde im Mittelmeer am 9. Januar von einem feindlichen Unterseeboot versenkt. Der Kapitän und sämtliche Offiziere wurden gerettet. Dreizehn Mann werden vermißt. Man glaubt, daß sie durch eine Explosion ums Leben gekommen sind. — Das Flugzeugschiff (wörtlich Waterplane carrier) „Benmahree“ unter dem Kommandanten Sanson wurde am 11. Januar im Hafen der Insel Castellorizo durch Geschützfeuer zum Sinken gebracht. Ein Offizier und vier Mann wurden verwundet.

Die „Cornwallis“ war im Jahre 1901 erbaut worden und hatte eine Wasserdrängung von 14 000 Tonnen. Die Besatzung

zählte 750 Köpfe. Die Verdrahtung des Schiffes bestand aus vier 30,5-Zentimeter-Kanonen, 12 15-Zentimeter-Kanonen, 12 6-Zoll-Pfünder, 2 4-Zoll-Pfünder und 2 2-Zoll-Maschinengewehre. Ferner war das Schiff versehen mit vier Torpedolancierrohren. Die „Cornwallis“ gehörte der Duncan-Klasse an. Diese Klasse umfaßte vor dem Kriege 5 Schiffe, alle im Jahre 1901 erbaut, nämlich: „Russell“, „Albemarle“, „Duncan“, „Cornwallis“, „Egmont“.

Die russische Ministerkrise.

Trepow wider Protopopow.

Petersburg, 11. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der neue Ministerpräsident Herr Golizyn erklärte in einer Unterredung mit Vertretern der russischen Presse, daß für ihn ebenso wie für seine Vorgänger der Wahlspruch des Augenblicks Fortsetzung des Krieges bis zum vollkommenen endgültigen Siege sei.

Petersburg, 11. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Gehilfe des Ministers für Verkehrswege, Militäringenieur Riger, ist zum Verweiser des Ministeriums für Verkehrswege ernannt worden.

Stockholm, 11. Januar. Der neue Ministerwechsel in Rußland wird in der schwedischen Presse vielfach als weiterer Schritt nach der reaktionären Seite hin beurteilt. So schreibt Stockholm „Dagblad“: Der Umsturz, daß außer Trepow auch der Unterrichtsminister Graf Ignatjew, das am wenigsten konservative Mitglied des Ministerrats, abgegangen ist, spricht dafür, daß die Umbildung in reaktionärer Richtung vor sich gegangen ist. Daß der ganze Wechsel durch rein innerpolitische Konflikte hervorgerufen wurde, ist über jeden Zweifel erhaben.

Das Ende der Ministerschaft Trepows, die nur sechs Wochen gedauert hat, ist als Ausgang und Lösung des Gegensatzes, der von Anfang an zwischen Trepow und Protopopow bestand, aufzufassen.

Trepow ging darauf aus, den ihm unbequemen Protopopow von seiner Seite wegzudrücken. Er war sogar bereit, dessen wichtiges Amt, das Ministerium des Innern, selbst zu übernehmen. Daß die Kabinettskrise sich in die Länge zog und während der ganzen Amtsdauer Trepows nur mit kleinen Schritten schlich, hing sicherlich zum guten Teil mit der Schwierigkeit der Aufgabe zusammen, die Stürmers Erbe sich mit dem Ziel gestellt hatte, Protopopow zu beseitigen. Das wäre ihm aber nur gelungen, wenn er das besondere Vertrauen, das Protopopow bei dem Zaren besaß, hätte zerstören können. Die Sache schien erleichtert, weil der Dumablock Trepow in die Hände arbeitete. Wie der Block Stürmer auf einen Hieb gefällt hatte, so glaubte er auch mit Protopopow durch ein energisches Antürmen fertig werden zu können.

Mitte Dezember war dieser Versuch unternommen worden. Die Burschenschaft, Schingoren und Dobrinski flagten Protopopow von der Dumatribüne herab an, daß er deutschfreundlich und ein Feind der sogenannten „gesellschaftlichen Einrichtungen“ sei. Es war ruckbar geworden, daß er noch zu Sazonows Amtszeit als Minister des Inneren in Stockholm mit Angehörigen der mit Rußland Kriegführenden zusammengetroffen sei. Gegen die Vorwürfe, die nun in der Duma erfolgten, lehnte Protopopow sich mit einem Schreiben, in dem er hervorhob, unmitttelbar nach seiner Rückkehr von Stockholm habe er den genauen Verlauf seines Gesprächs Sazonow mitgeteilt, der ihm vollkommen zugestimmt habe; das Gespräch habe mit Wissen und auf Veranlassung des russischen Gesandten in Anwesenheit mehrerer anderer Personen stattgefunden, aber Deutschfreundliches sei von ihm nicht gesprochen worden.

Der Angriff des Dumablocks war mit dieser Erklärung pariert. Aber es hat noch einen weiteren Dumablock gegen Protopopow gegeben: in der Sitzung, in der die jüngsten Vergewaltigungen der Moskauer Vereine und Versammlungen zur Sprache gebracht wurden. Das Einschreiten von Polizei und Militär war auf Grund eines Gesetzes geschehen, das unter Stürmers Ministerschaft zustande gekommen war: mit Hilfe der Liberalen, gegen deren „gesellschaftliche Einrichtungen“ es jetzt zur Anwendung gekommen war. Hätte bei den Moskauer Gewaltvorgängen Intrige mit am Weibstuhl gelesen, so hätte sie allerdings geschickte Arbeit geleistet. Denn ein verschlossenes Mittel, Protopopow entweder bei den Liberalen oder beim Zaren abzutun, konnte schließlich ausgefallen werden. Aber Protopopow nahm dieselbe Haltung ein, wie der Kriegsminister Schuwajew, der sich bei dieser Gelegenheit durchaus nicht daran erinnerte, daß er aus dem Blockreise hervorgegangen war. Wie dieser, verteidigte auch Protopopow die Moskauer Gewaltmaßnahmen.

Und nun kommt ein Drittes ins Spiel: die Ermordung des Rarenkungskings Rasputin! Die Nachrichten, die aus Rußland einlaufen, bringen diesen Mord in enge Verbindung mit der Kabinettbildung. Es heißt jetzt, mit der letzten Akt der Verfolgung der Schuldigen, die bisher auf freiem Fuß blieben, obwohl ihre Namen offen genannt wurden, werde gebrochen werden. Von Belang ist bei dieser düsteren Angelegenheit aber zunächst vor allem die Tatsache, daß Protopopow durch den Tod Rasputins getroffen werden konnte. Er war für den Schutz des Rönches mitverantwortlich, und wenn nun der einflußreiche Mann fiel, mußte die Ungnade des Zaren vorweg auf den Minister des Innern fallen.

Ob diese Rechnung von den Mördern gemacht wurde, läßt sich natürlich zurzeit nur vermuten, aber die Rechnung wäre möglich. Indes auch in diesem Falle hat Protopopow sich zu decken vermocht, wenn die Mitteilung des Uro Kosijzutritt, daß der Petersburger Stadtpfarrer General Ball in der Abendgesellschaft, in der der Mord ausgeführt wurde, im Auftrage Protopopows erschienen sei, um eine bestimmte Person zu überwachen, damit ihr kein Unheil geschehe. So sagte Ball auf Befragen Zussupows, und daraufhin wurde ihm von Zussupow befohlen, sich zu entfernen.

Nach dem „Rjeisch“ hat Trepow in der Tat den Weg eingeschlagen, Protopopow vor dem Zaren als den für Rasputins Tod Verantwortlichen hinzustellen. Es hat ihm aber nicht genügt. Der Entschluß, das Kabinett umzubilden, stand bereits fest, und „Rjeisch“ teilt weiter mit, der Zar habe seine Entschlossenheit kundgegeben, alle Minister mit auszuscheiden, die kurz vor der Unterredung mit dem Ministerpräsidenten die Erklärung abgegeben hatten, daß sie „in allen brennenden Fragen des Tages“ mit Trepow solidarisch sein würden. In dieser Erklärung sollen sich beteiligt haben der Minister des Inneren Protopopow, Unter-

Englischer Angriff bei Ypern — Russenangriffe zwischen Riga und Smorgon — Fortschritte im Gebirgskampf zwischen Uz und Susital und nördlich der Ditzastraße — Russenangriff nördlich der mittleren Putna bei Marasti und Macoasa.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 11. Januar 1917. (B. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zu Ypern und Ditschene-Bogen, an der Inere, der Somme und beiderseits der Maas erreichte der Artillerie- und Minenkampf zu einzelnen Tagesstunden beträchtliche Stärke.

Nördlich Ypern ist ein feindlicher Angriff unter schweren Verlusten für den Gegner abgeschlagen. An schmaler Stelle eingedrungen Engländer wurden durch Gegenstoß zurückgeworfen. Auch südlich Ypern blieben Vorstöße härterer feindlicher Patrouillen erfolglos.

Bei Beaumont gelang es dem Feind, ein vorspringendes Grabenstück unserer Stellung zu besetzen.

Unsere Flieger schossen zwei englische Fesselballons ab, die kreuzend niederstürzten.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bestärkter Artilleriebeschuss zwischen Riga und Smorgon folgten gegen verschiedene Stellen dieser Front während des gestrigen Tages, in der Nacht und heute morgen mehrere russische Angriffe und Vorstöße härterer Abteilungen, die restlos abgewiesen wurden.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Der gestrige Tag brachte den deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen im schwierigen Gebirgskampf zwischen Uz- und Susital-Teil weitere Erfolge.

Mehrere Stützpunkte wurden dem Feind entzogen.

Nördlich der Ditza-Strasse nahm das Infanterie-Regiment Nr. 180 unter Führung seines tapferen Kommandeurs hart ausgebaut, 33 verteidigte Höhenstellungen im Sturm. Bei Marasti

und Macoasa wurde die gewohnte Linie gegen feindlichen Angriff behauptet.

An Gefangenen sind 6 Offiziere und über 800 Mann, an Beute 6 Maschinengewehre eingebracht.

Herzogsgruppe des Generalfeldmarschalls von Radenka.

Keine Ereignisse von wesentlicher Bedeutung.

Mazedonische Front.

Patrouillenkämpfe an der Struma waren für uns erfolgreich.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, 11. Januar 1917, abends. Englische Teilangriffe bei Serre und Beaumont sind abgewiesen.

An der Düna und an der Putna keine besonderen Ereignisse.

Der österreichische Bericht.

Wien, 11. Januar 1917. (B. Z. B.) Amlich wird verkauft:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Zu Bereiche der Herzogsgruppe des Generalfeldmarschalls v. Radenka keine Änderung.

Am Südfügel der vom Generaloberst Erzherzog Joseph beschlagnahmten Streiträume dauert der Gebirgskampf fort. Im Susital- und Casjatal wurde unser Angriff vorwärts getragen. Nördlich der Ditzastraße stürmten österreichisch-ungarische und deutsche Bataillone mehrere russische Stellungen.

An zahlreichen Punkten bemühte sich der Feind, verlorenes Gelände zurückzuerobern; es war vergeblich. Unsere Tagesbeute belief sich gestern in diesem Raum auf 800 Gefangene und 6 Maschinengewehre. An der Bystryca Solowinska wies unsere Feldwachen russische Jagdkommandos ab.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

rechtsminister Ignatieff, Handelsminister Schachowskoi, Finanzminister Barb und Ackerbauminister Mittich.

Die Ministerkrisis wäre also mit den bisher gemeldeten Verabschiedungen noch nicht zu Ende. Aber sie ergab jetzt, daß Protodopow endgültig als Minister des Innern bestätigt wurde und daß Trepow gehen mußte.

Ministerpräsident Solisin.

Basel, 11. Januar. Die Agence Havas schreibt über den neuen Ministerpräsidenten Fürsten Solisin, er sei als energischer und in kommunalen und landwirtschaftlichen Verwaltungsfragen erfahrener Mann bekannt. Er ist 68 Jahre alt und stammt aus einer der berühmtesten Fürstenfamilien Rußlands.

Der Rücktritt Ignatiens.

Sosol, 11. Januar. „Daili News“ melden aus Petersburg: Der Rücktritt Ignatiens ist ein großer Verlust für Rußland. Er ist nicht liberal, aber ein geschickter und ehrlicher Mann. Er ist zurückgetreten, weil Protodopow in der Regierung blieb. Der Rücktritt Trepows wird weniger bebauert werden.

Gegen Briands Diktaturvorlage.

Genève, 11. Januar. Nach dem „Lyoner Republicain“ jagt der Bericht des Abgeordneten Viollet über die Regierungsvorlage, wonach die Regierung ermächtigt werden soll, in dringlichen Fällen durch Erlasse verfassungsmäßige Verbindlichkeiten und rechtsgültige Maßnahmen zu treffen, daß der Gesetzesantrag ein schwerer Eingriff in die verfassungsmäßigen Rechte des Parlamentes sei. Die Zustimmung, wonach die Regierung bei Zuwiderhandlungen gegen die Erlasse ohne weiteres Strafmaßnahmen treffen könne, sei durchaus unzulässig. Ein solches Recht habe nicht einmal Ludwig XIV. besessen. Die Regierung suche durch den Gesetzesantrag die Verfassung abzuändern. Eine antiparlamentarische Kontrolle dürfe nicht durchgeführt werden. Wenn Frankreich heute Gewehre, Geschütze und Explosivstoffe besitze, so verdanke es sie dem Parlament. Der Gesetzesantrag sollte von der Kammer gar nicht erörtert werden. Er schlage ein dringliches Verfahren für wichtige Maßnahmen vor, welches mit der Verfassung nicht in Widerspruch stehe.

Daß die Kommission auf Briands Zustimmung diese energische Antwort erteilen würde, war bei der Stimmung der Kammer, aus der ihre Zusammensetzung hervorging, zu erwarten.

Seeressort und Staatshaushaltsauschuss.

Paris, 11. Januar. Der Seeressortauschuss der Kammer wählte anstelle von Bedona, der eine Wiederwahl abgelehnt hatte, den früheren Unterstaatssekretär Maginat, der in der kürzlich stattgefundenen Kammerprüfung die Regierung und das Oberkommando heftig angegriffen hatte, zum Vorsitzenden. Der Kammerauschuss für den Staatshaushalt wählte den Abgeordneten und früheren Minister Rog zum Vorsitzenden.

Ein deutscher Passagierdampfer geraubt.

Rotterdam, 11. Januar. Das Neuterische Bureau meldet aus Marseille, daß ein großer deutscher Passagierdampfer, der in den griechischen Gewässern gelegen hatte, am 6. Januar nach Marseille gebracht wurde. Er wird von der Entente für militärische und Handelszwecke verwendet werden.

Zutreffenden Falles handelt es sich um eine neue krasse Völkerrechtsverletzung.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 10. Januar. Generalstabesbericht von 10. Januar. Mazedonische Front: An einzelnen Frontabschnitten wüthendes Artilleriefeuer von beiden Seiten. In der Ebene von Serres drangen unsere Patrouillen an zahlreichen

Stellen in die feindliche Stellung und brachten noch gelungener Unternehmung Gefangene und ein Maschinengewehr ein. In der Gegend von Drama wurde ein feindliches Flugzeug zur Landung gezwungen. Wir nahmen die Insassen, zwei Serben, gefangen. Der Apparat ist völlig unversehrt. — Rumänische Front: Kein Ereignis von Bedeutung.

Der Seekrieg.

Der Hafen von Bilbao stillgelegt.

„Nouveliste de Lyon“ erfährt aus Madrid, daß der Hafen von Bilbao infolge erhöhter U-Boots-Tätigkeit vollständig stillgelegt sei. Man befürchte infolge des Ausbleibens der Zufuhr schwere Störungen des Handels und der Volksernährung.

Seeressort. Die englischen Dampfer „Sonnest“ und „Sunfield“ (3028 T.) wurden versenkt. Der englische Dampfer „Andoni“ (3188 Gr.-Reg.-T.) ist gesunken. In La Coruna sind an Bord eines norwegischen Dampfers 24 Seeleute des versenkten französischen Dampfers „Alphonse Conceil“ und 20 Mann des versenkten norwegischen Dampfers „Drholm“ eingetroffen. „Temps“ erfährt, daß der spanische Dampfer „Belano“ (1841 Gr.-R.-T.) auf der Fahrt von Barcelona nach England versenkt worden sei. Demselben Blatt zufolge sind in Kaulon die ersten überlebenden 20 Seeleute des versenkten Dampfers „Gaulois“ eingetroffen. Sie sind in das Militärspital gebracht worden. — „Nouveliste de Lyon“ meldet aus Toulon: Der Dampfer „Venus 2“ lief auf eine Mine. Aus La Coruna meldet das gleiche Blatt, daß außer zwei Matrosen die ganze Besatzung des versenkten Dampfers „Alphonse Conceil“ gerettet sei. Der Dampfer sei mit einem Geschuß bewaffnet gewesen. Ein deutsches U-Boot habe bei den Rettungsarbeiten geholfen. — Die Besatzungen des versenkten griechischen Dampfers „Sappho“ und des französischen Seglers „Rig Roud“ landeten in spanischen Häfen.

Der polnische Staatsrat.

Am 10. Januar wurde in Warschau die Mitgliederliste des demnächst zusammentretenden Staatsrats bekanntgegeben. Sie umfaßt noch amtlicher Mitteilung Vertreter der konservativen Elemente, des fortschrittlichen Zentrums und der radikalen Linken. Aus dem deutschen Verwaltungsgebiet sind 15 Mitglieder entnommen, unter ihnen: Fürst Radziwill, Franziskus, Präsident des Börsenkomitees Notanjon, Vizepräsident der Warschauer Stadtverordnetenversammlung v. Szwinski, Schriftsteller Studnicki und Bezirksmeister Kunowski. zehn Mitglieder sind dem Verwaltungsgebiet Österreich-Ungarns entnommen, unter ihnen Ingenieur Lempiak, Legationsbrigadier a. D. Pissadoff und der Industrielle Sokolowski.

Von den 25 Mitgliedern sind: Schriftliche 2, Gutstbesitzer 9, Militärs 2, Industrielle 1, Ingenieure 3, Bezirksmeister 1, Advokaten 2, Ärzte 1, Schriftsteller 3, Bankiers 1.

Als Regierungsvertreter zum Staatsrat wurden ernannt von deutscher Seite: als Regierungskommissar bayerischer Oberregierungsrat Graf Hugo Leuchtenfeld-Röbering, Roffe des bayerischen Gesandten in Berlin, als Stellvertreter Graf Hutten-Czapowski, Schloßhauptmann von Posen und Kurator der Universität Warschau und Landshauptmann Josef v. Juchlinski; von österreichisch-ungarischer Seite: als Regierungskommissar Geheimrat Graf Freiherr v. Ranoska, ein bekannter Großgrundbesitzer und früherer Landtagsabgeordneter, als Stellvertreter Hofrat Dr. Ignaz Kofner, früherer Reichsratsabgeordneter und Mitglied des Volksraths, und Bezirkshauptmann Stefan Ritter v. Nizkowski, früher im Ministerium des Innern und zuletzt beim Generalgouvernement Lublin.

Politische Uebersicht.

Delbrück über Belgien.

Zu der „Deutschen Korrespondenz“ (Herausgeber Martin Wend) weist Prof. Hans Delbrück noch einmal auf die entscheidende Bedeutung des belgischen Problems für den Frieden hin. Er stellt zunächst fest:

Wenn Deutschland hindern erklärte, daß es bereit sei, Belgien wiederherzustellen, so würde uns das unzweifelhaft ein gut Stück vorwärtsbringen. Auf Grund einer solchen Erklärung würde die Friedensbewegung in England zu einer solchen Stärke answellen, daß Herr Lloyd George entweder abtreten oder selber den Frieden machen müßte. Die englischen Parteien bis zu den

extremsten Tagelassen hin sind darin einig, daß ohne die Wiederherstellung Belgiens an einen Frieden nicht gedacht werden dürfe, weil Deutschland im Besitze dieses Landes so mächtig werde, daß es die Unabhängigkeit Englands wie Frankreichs und damit ganz Europas bedrohe und aufhebe.

Delbrück setzt dann ausführlich auseinander, daß weder der Gedanke der Annexion, der tatsächlich von niemand mehr aufrecht erhalten werde, noch auch das Programm der sog. „Sicherungen“ durchführbar sei. Ein so großes Volk wie das belgische, lasse sich nicht so umformen, daß es sich mit reichsdeutscher Staatsgesinnung erfüllte. Eine im deutschen Geist erzogene, aber im Lande verbleibende Armee könne im Kriegsfall zum Feinde übergehen. Eine dauernde Besetzung Belgiens mit deutscher Garnison sei nicht möglich, wenn nicht auch Polizei und Justiz von den Deutschen gestellt würden, was wiederum die Aufhebung der belgischen Selbständigkeit bedeute. Delbrück schließt:

Alle die unklaren und undurchdachten Vorstellungen, daß man, sei es die Maaslinie, sei es die feindliche Küste, sei es Antwerpen, sei es ganz Belgien militärisch in der Hand behalten müsse, sind ja nur dadurch entstanden, daß man sich der Einsicht, daß wir Belgien nicht annektieren können, nicht zu entziehen vermochten, noch einem Mittelweg suchte und sich einen solchen mit allerlei Phrasen vorkaufte: Einen solchen Mittelweg gibt es nicht. Über wenn es einen solchen gibt, so haben die Herren Postermann und Graf Reventlow, die so eifrig dafür eintreten, daß wir Belgien „in der Hand behalten“ müßten, sich jedenfalls noch nicht dazu aufgeschwungen, dem deutschen Volke auch mitzuteilen, wie sie sich die Ausführung dieses ihres Planes denken. Wenn sie erst damit heraustrreten sind, bin ich gern bereit, mich in eine Diskussion darüber einzulassen.

Zu dieser Diskussion wird es nun freilich nicht kommen, da die Herren selber offenbar nicht recht wissen, was sie eigentlich wollen.

Siegedwille gegen Bethmann.

Von einer „besonderen Seite“, die sich selber nur mit den Anfangsbuchstaben v. G. R. bezeugt, erhält die „Unabhängige Nationalkorrespondenz“ einen Auslass, der zur „Robillierung des deutschen Siegedwillens“ gegen die verantwortliche Reichsleitung aufruft. Darin heißt es:

Sir meinen, unsere Geduld mit dieser politischen Führung... sei am Ende und wir sollten uns der Zeit erinnern, an die ohnehin so viele Jüde der letzten Kaiserzeit peinlich genug gemahnen, an die Zeit des Caprivismus, wo es dem einhelligen Aufbaumen des gebildeten Deutschland im Kampf um verhältnismäßig viel Geringeres, um die preussische Volksschule, in kürzester gelang, den Herrscher zu einem schnellen, befreienden Entschluß zu bewegen und Land wie Krone vor unheimlichem Schaden zu behüten. Heute geht es um unendlich Größeres, um Ehre und Leben der deutschen Seele, um Macht und Ansehen unseres Edelvolkes, um das Dasein von Reich und Kaiser! Und heute sollte es nicht möglich sein, jenen Sturm der öffentlichen Meinung zu erregen und zu organisieren, der mit dem einmütigen Feldgeschrei der Flandrischen Küste durch die chinesische Mauer hindurch bis zum Throne dringt...?

Die Stunde hat geschlagen, nach der es zu spät wird! Kein Wahrhaft-Deutscher kann sich der heiligen Pflicht dieser Robillierung unseres Siegedwillens entziehen: Deutschland erwache! Kaiser, werde hart, werde zu Stahl!

Den wahren Deutschen erkennt man also daran, daß er auf die Regierung schimpft. Der das nicht tut, das ist kein Bohrer und verläumt seine heilige Pflicht.

Staatliche Beihilfen für Kriegswohlfahrtspflege.

Der preussische Finanzminister wird, wie wir schon kurz meldeten, gleichzeitig mit dem Etat den Entwurf eines Gesetzes über weitere Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände einbringen. Es ist dies die dritte Vorlage, die dem genannten Zwecke dient. Preußen war der erste Bundesstaat, der bereits unmittelbar nachdem der Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für 1914 einen Betrag bis zu 200 Millionen M. zwecks Gewährung von Wochenhilfe während des Krieges sowie zwecks Unterstützung von Gemeinden und Gemeindeverbänden bei Aufwendungen auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege bereit gestellt hatte, seinerseits die gleiche Summe, die von diesen 200 Millionen auf Preußen entfiel, bewilligte. Es waren das 110 Millionen M. Infolgedessen war es möglich, vom 1. Januar 1915 ab den Gemeinden und Gemeindeverbänden durchschnittlich ein Drittel ihrer Gesamtaufwendungen für die Kriegswohlfahrtspflege aus Staatsmitteln zu erheben, ein weiteres Drittel wurde ihnen aus Reichsmitteln erstattet, die Gemeinden waren also im großen Ganzen in der Lage, die Unterstützungen sowohl für die Familien der Kriegsteilnehmer als auch für die Erwerbslosen reichlicher als vorher zu bemessen. Die Beihilfen aus preussischen Mitteln wurden als Zuschläge zu den Beihilfen des Reiches und nach den Grundätzen des Bundesrats gezahlt, d. h. ihre Bewilligung war nicht auf bestimmte Arten der Kriegswohlfahrtspflege beschränkt. Nur durften die mit Beihilfen zu unterstützenden Gemeinden und Gemeindeverbände der Kriegswohlfahrtspflege nicht den Charakter der Armenpflege beilegen.

Im vorigen Jahre forderte die Regierung wiederum 110 Millionen M., der Landtag ging aber darüber hinaus und erhöhte die Summe im Einverständnis mit dem Finanzminister auf 200 Millionen. Auch diese Summe dürfte nunmehr aufgebraucht sein, und es sind deshalb weitere Mittel erforderlich. Die neue Vorlage sieht gleichfalls 200 Millionen vor, so daß nach ihrer Verabschiedung bisher im ganzen 510 Millionen in Preußen bewilligt sein werden.

Leider sind noch nicht alle Bundesstaaten dem Beispiel Preußens gefolgt, das in dieser Frage ausnahmsweise einmal dem übrigen Deutschland mit gutem Beispiel vorangegangen ist.

Amliches Ergebnis der Reichstagswahl in Köln.

Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Köln-Stadt am 3. Januar übten 2187 Wähler ihr Stimmrecht aus. Gültig sind 3005, ungültig 42 Stimmen. Von den gültigen Stimmen haben erhalten: Kandidat Johann Meerfeld 3094, Dr. Rudolf Breitscheid 1 Stimme. Zu den ungültigen Stimmen zählen die für Dr. Karl Liebknecht abgegebenen. Nach den Ermittlungen unserer Genossen, die in allen Wahlbezirken vertreten waren, sind auf Dr. Karl Liebknecht 18 Stimmen entfallen.

Der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei Deutschlands wird am Sonntag, den 4. Februar, in Berlin zusammentreten.

Bundesrat. In der gestrigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme: Der Antrag Preußens wegen Prägung von Dreimarkstücken aus Anlaß des hiesigen Regierungsjubiläums des Erzherzogs von Hessen, die Vorlage betreffend Vergrößerung von Prämien, der Antrag betreffend vorübergehende Aufhebung der Grenzkontrollen aus Anlaß des Krieges, und der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend die Stundungsvorschriften der Zahlungsverbote gegen das feindliche Ausland.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Arbeitslöhne und Unternehmergewinne.

Ueber besonders hohe Löhne während der Kriegszeit laurieren die wildesten Gerüchte. Der Kommandant von dem Champagne- und Moselland erzählt in dieser Zeit eine neue Auflage. Wenn auch nicht bestritten werden kann, daß bei dem Mangel an männlichen Arbeitskräften in der Kriegswirtschaft einzelne hohe Löhne gezahlt werden, so ist doch statistisch nachgewiesen, daß der Durchschnittslohn sowohl für Arbeiter wie für Arbeiterinnen durchwegs nicht eine Höhe erreicht, die dem Arbeiter besondere Erparnisse ermöglicht. Im Gegenteil; diese Löhne stehen meist in keinem Verhältnis zu der veränderten Lebenshaltung. Einzelne Erleichterungen unserer Gewerkschaften haben während der Kriegszeit über die Höhe der Löhne schon statistische Erhebungen veranstaltet, die beweisen, daß nur ein Bruchteil der Beschäftigten hohe Löhne erzielt, während die übergroße Mehrzahl sich den Zeitverhältnissen entsprechend, mit recht niedrigen Löhnen zufrieden geben muß. So verdienen z. B. auf Grund von Lohnstatistischen Angaben der Leipziger Ortskrankenkasse im September 1916 von 62 444 männlichen versicherungspflichtigen Arbeitern 26 616 über 5,51 M. täglich, 35 384 aber unter 5,50 M. Auch für die Munitionswirtschaft ergeben sich durchaus keine phantastischen Löhne. In der Metallindustrie verdienen 2209 Arbeiter über 5,51 M., 9061 unter diesen Betrag. In der chemischen Industrie verdienen 1457 unter 5,51 M. und nur 320 über diesen Betrag; in der Textilindustrie 161 unter 5,51 M. und nur 211 über diesen Betrag auf. Diese Zahlen zeigen also durchaus keine fabelhaften Löhne, zumal für eine Gruppe von Arbeitern, die durch den Krieg im Verdienst eigenlich bedingt ist.

Die Arbeiterinnenlöhne sind noch weniger glänzend. Nach den Angaben der Leipziger Ortskrankenkasse wurden im September 1916 nahezu ebenso viel Arbeiterinnen wie Arbeiter beschäftigt, nämlich 60 667. Davon waren 15 294 unter 16 Jahre alte Arbeiterinnen mit 1,50 M. täglich, 11 836 Arbeiterinnen mit Löhnen noch unter 2 M. und 11 583 mit Löhnen von über 2 bis 2,50 M. beschäftigt; über 3,25 M. täglich verdienen nur 9787. Daß die Frauen im übrigen von den Unternehmern vielfach als billige Arbeitskräfte mit Vorliebe beschäftigt werden, weist u. a. auch Dr. Luare in einem Artikel der „Sozialistischen Monatshefte“ über die Unterentlohnung der Frauenberufstätigen nach. Er zeigt an einigen Beispielen, daß besonders in der Metallindustrie die Arbeiterinnen für die gleiche Arbeit, die bisher von Männern geleistet wurde, 38% und mehr Prozent weniger Lohn erhalten.

Demgegenüber finden wir in einzelnen Industrien eine Steigerung der Gewinne, die allerdings ins Fabelhafte geht. Nicht nur im 10. oder 50. Proz. sind in einzelnen Betrieben die Gewinne gestiegen, sondern um 100, 685, sogar bis zu 2111. Ein Betrieb erzielte im Jahre 1915 sogar eine Erhöhung um 6514 vom Hundert. In Anbetracht solcher kolossaler Unternehmergewinne sollten jene Kreise, die sich nicht genug über den jetzigen hohen Verdienst der Arbeiter und Arbeiterinnen ereifern können, wirklich schweigen. In der Höhe der Arbeitslöhne und der Unternehmergewinne hat der Krieg bisher wirklich keinerlei soziale Gleichung geschaffen.

Zur Feuerungszulagenbewegung in der Porzellanindustrie.

Die Industriellen in der Porzellanindustrie zeigen recht wenig Verständnis für die wirtschaftliche Not der Arbeiter und Arbeiterinnen in dieser teuren Kriegszeit. Der Verband der Porzellanarbeiter hat sich schon vor einem halben Jahre an die Unternehmerorganisation mit dem Ersuchen um Gewährung einer Feuerungszulage in Rücksicht auf die enorm gestiegenen Lebensmittel gewandt und um mündliche Verhandlungen zwischen Vertretern beider Organisationen gebeten. Es dauerte sehr geraume Zeit, bis er eine Antwort erhielt. Antwortet wurde ihm, daß der Unternehmerverband erst Rücksprache mit seinen Mitgliedern halten wolle. Dann würde er Bescheid geben, ob eine mündliche Verhandlung stattfinden könnte. Dieser angelegentlichste Weisheit ließ lange auf sich warten. Der Porzellanarbeiterverband machte deshalb um eine Bescheiderteilung. Darauf erhielt er schließlich die Mitteilung, daß der Unternehmerverband mündliche Verhandlungen mit Organisationsvertretern ablehnen müsse, seine Mitglieder erkennen die Notwendigkeit sehr wohl an, die Lohnverhältnisse den Zeitverhältnissen anzupassen; sie seien ohnehin bestrebt, den Bedürfnissen ihrer Arbeiter nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.

Diese platonische Erklärung nützt den Arbeitern sehr wenig, da die Tat absolut auf sich warten läßt. Nur in einzelnen verschwundenen Ausnahmen sind den Arbeitern nennenswerte Lohnverbesserungen in Form von Feuerungszulagen zugebilligt worden, in einer Anzahl Fälle erhielten sie Feuerungszulagen von so lächerlich geringen Beträgen, die in gar keinem Verhältnis zur Erhöhung der Verkaufspreise, noch viel weniger im Verhältnis zu der herrschenden Feuerungssteuern stehen. In den weitaus meisten Fällen — und darunter befinden sich große und kapitalstarke Firmen — ist den Arbeitern nicht ein Pfennig zugesprochen worden.

Die Unternehmer hatten im Juli vorigen Jahres die Ablehnung einer Lohnverbesserung damit begründet, daß diese eine Erhöhung der Verkaufspreise nötig machen würde, eine solche Verteuerung der Fabrikate aber könne die Porzellanindustrie nicht ertragen. Kurz darauf beschloß sie aber eine weitere Erhöhung der Verkaufspreise um 25 Proz. Während der Kriegszeit haben sie die Verkaufspreise um insgesamt 65 Proz. erhöht. Kein Mensch kann ihnen das Kalkül verargen, wenn die Verteuerung des Rohmaterials und der Produktionskosten eine solche Verteuerung verlangen. Aber sollte denn die Porzellanindustrie nur dann zugrunde gehen, wenn noch einige Prozente mehr auf den Verkaufspreis draufgeschlagen werden müßten für die Erhöhung der Löhne? Die ablehnende Antwort der Unternehmer zeigt also nicht gerade viel soziales Verständnis, es sei denn, daß die Unternehmer nunmehr, nach langem Hören, wahr machen, was sie selbst in ihrem Antwortschreiben an den Porzellanarbeiterverband versprochen, nämlich, daß sie die Lohnverhältnisse den Zeitverhältnissen anpassen.

Stellungnahme zum Hilfsdienstgesetz im rheinisch-westfälischen Industriebezirk.

Die Vertrauensleute des Bergarbeiterverbandes im rheinisch-westfälischen Industriegebiet beschäftigten sich in den letzten Sonntag mit der Bedeutung und der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes. Die Konferenzen der Vertrauensleute (Zahlstellenleiter) fanden statt in den Bezirken Dortmund, Bochum, Rafrort, Bielefeld, Essen-Ost und Essen-West, Oberhausen-Tinsberg, Märkisch-Rees, Linden und Gladbeck-Boitrop. Ueberall erklärten sich die Vertrauensleute, abgesehen von ganz vereinzelten Ausnahmen, mit der Annahme des Gesetzes einverstanden und verpflichteten sich, tatkräftig an seiner Durchführung mitzuarbeiten. Bemerkenswert ist, daß in mehreren Konferenzen Einspruch gegen die Zuziehung der sog. „Bürgerkriegsbeschäftigten“ (Gelbe) als Arbeitervertreter in den Schiedsgerichten erhoben wurde, weil durch diese Zuziehung die Schiedsgerichte eine Mehrheit von Unternehmervertreter erhalten würden. Die Vertrauensleute des Bergarbeiterverbandes sind durchweg gewerkschaftliche Funktionäre, die noch als Industriearbeiter tätig sind. Von solchen Arbeiterdelegierten ist zu erwarten, daß sie die Bedeutung des Hilfsdienstgesetzes für die Arbeiterschaft zu beurteilen vermögen.

Dem Bochumer „Volkblatt“ entnehmen wir, daß Genosse Legien am 6. und 7. d. M. in Bitten und Bochum in Massenversammlungen über das Hilfsdienstgesetz referierte. Die Versammlung in Bitten war von circa 800, die in Bochum von circa 1000 Personen besucht. Eine Resolution, die die Annahme des Hilfsdienstgesetzes gutheißt und die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion anerkennt, ferner sich für einen Friedensschluß ohne Annexionen ausspricht, fand Annahme gegen ganz wenige Stimmen (in Bochum gegen 6 von etwa 1000 Versammelten).

Ausland.

Der Pariser Munitionsarbeiterstreik.

Paris, 11. Januar. Die Zeitung läßt nur spärliche Nachrichten über den Streik der Munitionsarbeiter und Arbeiterinnen in Paris und Umgebung durch. Das Blatt „Deuvre“ teilt mit, daß die Zahl der Ausständigen am Dienstag über 6000 betrug. „Le Temps“ zufolge fanden Versammlungen zur Vorbereitung neuer Aufmärsche, durch die eine Lohnverbesserung erzwungen werden soll, statt. „Bastille“, das Organ der (syndikalistischen) Gewerkschaften, erklärt, daß zwei Arbeiterinnen wegen Beteiligung am Aufmarsch zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Das Blatt protestiert gegen das ungerechtfertigte Urteil und verlangt die sofortige Haftentlassung. Man habe übrigens die Anstandsbeziehung infolge der ungenügenden Löhne und der schlechten Behandlung voraussetzen können. Ein energisches Eingreifen sei notwendig, um die Arbeitgeber an die Wahrung der Interessen der Arbeiter und damit des Landes zu erinnern.

Aus Industrie und Handel.

Hilfsdienstgesetz und Verträge.

Die Einführung der Hilfsdienstpflicht läßt die Frage aktuell werden, ob dadurch die Lieferungsverpflichtung wegen Leistungsunmöglichkeit aufgehoben werde. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ befaßt sich mit dem Problem, ohne aber zu einem bestimmten Resultat zu kommen. Sie bezeichnet es als eine nach den konkreten Voraussetzungen zu beantwortende Rechtsfrage, ob Freiheit von Lieferungen oder Kündigung eines Auftrags- und Gesellschaftsverhältnisses eintreten kann. Nach ihrer Meinung werden aber Miet- und Pachtverträge von dem Gesetze genau so wenig wie von der Wehrpflicht des Mieters berührt. Im wichtigsten ist natürlich die Zivildienstpflicht für Dienstverträge.

Das „Berliner Tageblatt“ sucht die Ausführungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ durch Berufung auf Reichsgerichtsurteile zu ergänzen. Danach werde für Kaufverträge eine Unmöglichkeit der Leistung erst angenommen, wenn die Ware nur zu Bedingungen zu beschaffen ist, die jede normale Aufwendung weit übertreffen. Wird dagegen ein bestimmtes Material gehandelt und kann der Lieferant seine Verpflichtungen nicht erfüllen, so tritt nicht Erleichterung ein, da es sich nicht um vertretbare Ware handelt. Gesellschaftsverträge können nach der bisherigen Rechtsprechung nicht gelündigt werden, wenn das Gesellschaftsverhältnis seit langem besteht, der Gesellschafter nur auf absehbare Zeit dienstpflichtig wird und große Kapitalien im Frage stehen. Das „Berliner Tageblatt“ will auch im Gegensatz zur „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ dem Mieter, dessen Unternehmen stillgelegt wird, das Recht vorzeitiger Kündigung und dem einberufenen Darlehensgeber das Recht der Rückzahlung des Darlehens zubilligen. Für Dienst- und Anstellungsverträge sei die Art der Dienstleistung und die Dauer des Vertrages zu berücksichtigen, aber jedenfalls an dem Grundgedanke festzuhalten, daß für den Zeitraum, in dem Verpflichtete den Vertrag nicht erfüllen kann, auch jeder Gehaltsanspruch wegfällt.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

In der Generalversammlung der Optischen Anstalt C. P. Goertz A. G. erklärte der Vorsitzende, Kommerzienrat Goertz, daß die Dividende trotz guter Ergebnisse und starker Beschäftigung von 30 auf 20 Proz. herabgesetzt sei, um für die Friedensjahre geldlich gut gerüstet zu sein. Der Rohgewinn ist von 6,65 Millionen Mark auf 6,1 Millionen Mark gesunken, die Handlungskosten sind von 1,4 auf 2,2 Millionen Mark gestiegen. Abgeschrieben werden 1,6 Millionen Mark gegen 2 Millionen Mark im Vorjahre. Der Reingewinn beträgt 2,7 Millionen Mark gegen 3,3 Millionen Mark, woraus dem Spezial-Reservefonds 1 Million Mark überwiesen wurde. Im Vorjahre wurde dem Spezial-Reservefonds und der Goertz-Stiftung je 500 000 M. zugewiesen. Der Gewinnrückgang ist auffällig und erklärt sich vielleicht aus der Kriegsteuer, die nicht gefordert angegeben, sondern auf dem „Glaubigerkonto“ verbucht ist, das von 4,99 auf 12 Millionen Mark hinaufgeschwollen ist. Nicht unwahrscheinlich sind auch stille Reserven.

In der Generalversammlung der Siemens u. Halske A. G. wurde die Dividende nach dem gemeldeten Vorschlage auf 12 Proz. vorgezogen und vom Aufsichtsratsvorsitzenden, Arnold von Siemens, erklärt, daß die Gesellschaft voll beschäftigt sei.

Das Ergebnis der Zuderernte.

Nach einer privaten Erhebung des Vereins der deutschen Zuckerindustrie, die vom 6. bis 16. Dezember 1916 stattgefunden hat, ist die Rübenanbaufläche im Wirtschaftsjahr 1916/17 gegen das Vorjahr von 286 716 auf 408 598 Hektar gestiegen. Die voraussichtliche Zudererzeugung wird 15 475 500 Doppelzentner gegen 15 161 800 Doppelzentner im Vorjahr betragen.

Eine türkische Nationalkreditbank.

Der Vizepräsident der Kammer Hussein Djahid Bey, der Vizepräsident der demnächst zu gründenden Osmanischen Nationalkreditbank, werden soll, erklärte dem Vertreter des „Solt“, daß das Grundkapital vier Millionen Pfund betrage, wovon die Hälfte sofort einzuzahlen ist und aufgebracht werden soll. Die Zeichnungen seien bereits sehr bedeutend. Die kleineren Sparten werden bevorzugt werden, da es nicht erwünscht sei, daß die Aktien in den Händen der Reichsangehörigen verbleiben. Da die neue Bank höchst wichtige Konzeptionen besitze, die ihr der Staat gewährt habe, werde sie eine reiche Tätigkeit entfalten können. Zum Direktor sei ein österreichischer Bankfachmann, der bereits vielfach an der Gründung von Banken, u. a. in Belgien mitgewirkt hat, in Aussicht genommen. Was die Beteiligung von ausländischem Kapital betreffe, erklärt Djahid, so werde das Kapital der Bank zwar ausschließlich osmanisch sein; da man aber im Ausland nicht die gewöhnlichen Kapitalien zur Ausnützung der Bodenschätze des Landes werde beschaffen können, wäre es widersinnig, ausländisches Kapital zurückzuweisen. Die Bank werde die Vermittlerrolle übernehmen, um das ausländische Kapital zur Beteiligung an neuen Spezial- und technischen Unternehmungen aufzufordern. Die verbandelten Länder werden zur Ausnützung neu zu erschließender Vermögensgebiete eingeladen werden. Nach Ablauf der Konzeption der kaiserlichen Osmanischen Bank werde die neue Bank eine Staatsbank mit dem Rechte der Ausgabe von Banknoten werden. Den Vorsitz in dem aus fünf Mitgliedern bestehenden Verwaltungsrat wurde dem früheren Finanzminister Djahid angeboten.

Neutraler Protest gegen Englands Seeflotte. Der Haager „Nieuwe Courant“ protestiert in einem Artikel kräftig dagegen, daß die englische Regierung Fessing, das für die holländischen Reichsverhältnisse an der Dembrug bestimmt ist, aus Tampier der Holland-Amerika-Linie, die England anheilen, ausschiffen ließ.

Das Blatt schreibt: Es ist so gut wie undenkbar, daß England dieses Fessing als Danneware betrachtet, denn das wäre eine direkte Beleidigung unserer Regierung. Würde das Fessing einfach zur Beute gemacht? Bei welchem Fuße stehen wir dann mit England, das das Rohmaterial für unsere Munitionserzeugung wegnimmt und zur selben Zeit ein intermediäres U-Boot an uns verkauft?

Zur Organisation der polnischen Kriegsindustrie ist in Polen ein Ausschuss der Kriegstechnik und Kriegsindustrie gegründet worden.

Der italienisch-spanische Handelsvertrag ist von Italien am 24. Dezember gelündigt worden und daher am 31. Dezember 1916 außer Kraft getreten.

Vorfengesäfte und Friedensnoten.

TL. Amsterdam, den 10. Januar. Betreffs der Anschuldigungen gegen Wilsons Umgebung, im geheimen einen Teil der Öffentlichkeit von Wilsons Friedenspolitik unterrichtet zu haben, wird noch gemeldet, daß Charles Sabin, der Präsident der Guaranty Trust Co., eine der größten amerikanischen Gesellschaften, zu denjenigen gehört, welche sich vor der Kommission des Abgeordnetenhauses bei der Anschuldigung zu verantworten hatten. Charles Sabin soll im Oktober vorigen Jahres Journalisten, welche die Finanzrubrik bearbeiteten, in seinem Kontor in New York mitgeteilt haben, daß der Präsident beabsichtige, sich an die kriegsführenden Parteien zu wenden. Er wünschte die Quelle für seine Mitteilungen nicht zu nennen, stellte jedoch in Abrede, daß sie von einem Reaktionsbeamten herrührten. Bernard Baruch, ein bekannter New Yorker Vorkriegsbeamter, welcher gleichfalls vernommen wurde, stellte ebenfalls in Abrede, vorher Mitteilungen über die Friedensnote erhalten zu haben. Auch Otto Kahn von der Firma Kuehn, Loeb u. Co. erklärte, nichts mit dem vorzeitigen Bekanntwerden des Inhalts der Note zu tun zu haben. Thomas W. Latham, der bekannte Bostoner Börsianer, der gestern wiederum als Zeuge im Zusammenhang mit der vorzeitigen Veröffentlichung des Inhalts der Friedensnote auftrat, weigerte sich die Namen derjenigen zu nennen, welche den Inhalt der Note bekannt gemacht hätten. Er erklärte folgendes: Ich kann gewisse Namen nicht nennen, da hieraus sowohl für die Vereinigten Staaten wie für die Regierung großer Schaden entstehen würde. Lawson beantwortete die Frage des Vorsitzenden, ob er glaube, wenn der Kongress eine Untersuchung in dieser Angelegenheit anstellen sollte, daß daraus hinreichend hervorgehen würde, daß ein Rabinetts- und ein Kongressmitglied in die Angelegenheit verwickelt wäre, mit einem deutlichen „Ja“. Er sagte, wenn eine solche Untersuchung angestellt werde, so würde er die Namen eines Bankiers, eines Kongressmitgliedes und eines hochstehenden Beamten benennen. Gleichzeitig würde er auch die Summe nennen, welche diese Personen in der Angelegenheit verdient hätten.

Soziales.

Eine Frauen-Internationale der Genossenschaftsverbände der Welt.

Die Verbindungen zwischen den Staaten haben durch den Krieg im allgemeinen gelitten, aber es konnte doch auch der Krieg das Interesse der Völker aneinander nicht lähmen, ja gerade dieses Interesse ist vielleicht durch den Krieg außerordentlich belebt worden. Nun wo die Entscheidungen und innerpolitischen Verhältnisse eines Landes auch über Wohl und Wehe der anderen Nationen mehr denn je entscheiden, hat jedermann ein lebhaftes Bedürfnis, die anderen kennen und verstehen zu lernen, ihnen gleichsam menschlich und sozial näher zu kommen. Es ist deshalb jede Vermittlung zu begrüßen, die darauf hinausgeht, eine Verbindung zwischen den Nationen aufzurichten, die dann wieder die Grundlage der neuen Verhältnisse sein kann, die wir entstehen sehen wollen.

Diesem Bedürfnis soll vor allem der Beschluß der drei genossenschaftlichen Frauenverbände der Schweiz, Hollands und Oesterreichs dienen, die den Vorschlag, eine internationale Frauenkorrespondenz zu gründen, an die Zentralverbände aller Genossenschaften der verschiedenen Nationen hat gelangen lassen. Es kann nicht eine internationale Zeitschrift, wie es das genossenschaftliche Bulletin des internationalen Verbandes ist, genügen, weil diese doch nur die Funktionäre der Vereine, aber nicht die breite Masse der Bevölkerung zu lesen vermag. Um aber die Verbindung und das gegenseitige Verständnis der Frauen aller Nationen bei der gemeinsamen Arbeit für ein Ziel zu erwecken, erscheint den Proponenten der Weg einer internationalen Korrespondenz der einfachste und gangbarste. Die Korrespondenz soll aber auch ein sichtbares und wirkendes Zeichen der neuen internationalen Verbindungen, die aus dem Kriege entstehen werden, sein, die mit Helfen werden die Völker und die Staaten zu verbinden.

Die erforderlichen Vorarbeiten für die Korrespondenz sind von der Redaktion des österreichischen Frauenblattes in Angriff genommen.

Hilfsdienstgesetz und Reichswachenhilfe.

IK. Der Deutsche Bund für Mutterchutz hat an den Bundesrat die Bitte gerichtet,

„eine Verordnung zu erlassen, durch welche die minderbemittelten Wöchnerinnen der auf Grund des Gesetzes über den väterländischen Hilfsdienst im Reichsdienst berangezogenen Männer, desgleichen die unehelichen Kinder solcher Hilfsdienstpflichtiger des Anspruchs auf Reichswachenhilfe in dem durch die Verordnung vom 25. April 1915 festgelegten Umfang teilhaftig erklärt werden“.

In der Begründung wird zunächst auf die außerordentlich günstige Wirkung der Kriegswachenhilfe hingewiesen, der es zu verdanken ist, daß die Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich trotz aller Entbehrungen der Kriegszeit nicht gestiegen, sondern sogar zurückgegangen ist. Es wird sodann betont, daß unter den zum Heeresdienst Einberufenen sich viele Hunderttausende befinden, die auch nicht an der Front kämpfen, sondern als Beamte, Garuldenführer, Arbeitsverwendungsfähige um ihre Dienste zu leisten haben. Auch ihre Familien erhalten, wenn die sonstigen Voraussetzungen dafür gegeben sind, Kriegswachenhilfe. In einer nicht viel anderen Lage befinden sich aber vielfach die Familien der zum väterländischen Hilfsdienst Einberufenen. Sie müssen zum Teil den bisherigen Det ihrer Tätigkeit verlassen, sollen auch an Stelle von Heeresdienstpflichtigen in den Etappen Verwendung finden, um Kräfte für die Front frei zu machen.

Die Ausdehnung der Reichswachenhilfe auf die Familien der Hilfsdienstpflichtigen würde aber auch noch aus einem anderen Grunde einen Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit darstellen. Viele Klassen hatten vor Kriegsbeginn in ihren Statuten die Bestimmung, daß die Wöchnerinnen auch an uneheliche Ebe-frauen ihrer Mitglieder zu gewähren sei. Diese „Mutterleistung“ ist durch das Gesetz vom 4. August 1914 betreffend Sicherung der Versorgungsfähigkeit der Frauen für die Dauer des Krieges aufgehoben worden. Die hierdurch Benachteiligten würden also durch Annahme der vom Bund für Mutterchutz geforderten Bestimmung, sofern ihre Männer Hilfsdienst zu leisten hätten, wieder in den Genuß der ihnen infolge des Krieges entzogenen Vorteile gesetzt werden.

Ein Aufruf der Parteiopposition.

Die Reichskonferenz der Parteiopposition hat am 7. Januar folgender Friedens-Aussage zugestimmt:

Die Internationale fordert auf Grund der Kongreßbeschlüsse von Stuttgart, Kopenhagen und Basel die sozialistischen Parteien auf, im Falle des Ausbruchs eines Krieges für dessen rasche Beendigung einzutreten.

Dementsprechend hat die Opposition innerhalb der deutschen Sozialdemokratie sich stets der Parole des Durchhaltens bis zum Siege widersetzt und stets von der Regierung verlangt, daß sie ihre Friedensbereitschaft bekenne. Die Opposition hat ihre Friedenspropaganda nicht erst mit dem Moment begonnen, wo eine solche von der Regierung ausgeht wurde.

Was die Opposition fordert, war nicht die Bereitschaft zum Frieden um jeden Preis, aber auch nicht die bloße Bereitschaft zu einem Frieden an sich, ohne jede nähere Angabe seiner Bedingungen. Was sie fordert, war die Bereitschaft zu einem Frieden, in dem es weder Sieger noch Besiegte gibt, zu einem Frieden der Verhandlung ohne Voreingenommenheit.

Die Opposition innerhalb der deutschen Sozialdemokratie betrachtet die Friedensbereitschaft, die der Reichskanzler am 12. Dezember v. J. kundgab, als Symptom aufsteigenden Friedenswunsches in den regierenden Kreisen. Sie kann aber die Art der Kundgebung dieser Bereitschaft nicht als taugliches Mittel zur Erreichung des Friedenszieles anerkennen.

Der Reichskanzler proklamierte das Deutsche Reich als Sieger im Weltkrieg. Und doch erwidert das Vochen auf ersehnte Siege den Friedensschluß ebenso sehr wie die Ankündigung kommender Siege. Ferner unterließ der Reichskanzler jede genaue Darlegung der Kriegsziele.

Keine der beiden Mächtegruppen hat bisher Kriegsziele erkennen lassen, die der anderen Seite das Eingehen auf Verhandlungen erleichtern. Diese verhängnisvolle Unterlassung ist eine Folge der Macht, welche die Kriegsparteien in den herrschenden Massen noch besitzen. Deren Einfluß muß gebrochen werden, ehe wir zum Frieden kommen können. Das ist nicht zu erreichen durch diplomatische Transaktionen hinter den Kulissen, sondern nur durch die Einwirkung der Volksmassen auf ihre Regierungen. Nur aus diesem politischen Kampf, nicht aus den Vorkriegsreden kann die wirkliche Friedensbereitschaft hervorgehen. Sie erfordert die Aufhebung des Kriegszustandes, erheischt die Freiheit der Presse und der Versammlungen.

Aber auch nur als internationaler Kampf ist das Ringen um den Frieden zu gewinnen. Es darf nicht einseitig bleiben. Mehr als je bedürfen wir in der neuen Situation, die durch das Friedensangebot des Reichskanzlers und die Intervention Wilsons geschaffen worden ist, des internationalen Zusammenhanges der Parteien des proletarischen Sozialismus, der berufenen Vorkämpfer des Friedens. Mag der Handlung dieses Zusammenhanges heute durch äußerliche Gewalt oder durch die Haltung mancher Reichsteile noch gehemmt werden, um so notwendiger ist es, daß diejenigen, die den internationalen Zusammenhang geistig nie aufgegeben haben und bisher schon — wie es auch in Jännerwald und Kienthal geschah — jede Gelegenheit benutzten, ihn zu betonen, ihre innere Uebereinstimmung auf das unzweideutigste bekunden.

Wir halten dafür, daß in allen kriegsführenden Ländern für die sozialistischen Parteien die Zeit gekommen ist, von ihren Regierungen eindringlich die genaue Mitteilung der Ziele zu fordern, für die sie den Krieg führen; zu fordern, daß diese Ziele der Art sind, daß sie für keines der betroffenen Völker eine Demütigung oder eine Schädigung seiner Existenzbedingungen bedeuten; daß die Sozialisten überall den Kampf gegen alle Parteien aufnehmen, die den Krieg über diese Ziele hinaus fortführen wollen.

Als demokratische und internationale Partei steht die Sozialdemokratie auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Aber die Opposition innerhalb der deutschen Sozialdemokratie hat zu keiner der bürgerlichen Regierungen genügendes Vertrauen, um einer von ihnen die Mission der Befreiung der Nationalitäten durch den Krieg zuzuerkennen. Diese Aufgabe ausschließlich zu lösen kann nur das Werk des streikenden Proletariats sein.

Doch stehen wir der Freiheit und Selbstständigkeit der Nationen in der bürgerlichen Gesellschaft keineswegs gleichgültig gegenüber. Wir müssen uns entscheiden dagegen wehren, daß der Zustand, wie er vor dem Kriege bestand, durch diesen noch verschlechtert wird. Wir lehnen jede Gebietsveränderung ab, die nicht die Zustimmung der betroffenen Bevölkerung gibt. Was die Internationale vor allem gemäß den Beschlüssen ihrer Kongresse zu fordern hat, sind internationale Abkommen über die Entscheidung aller Konflikte zwischen den Staaten durch Schiedsgerichte und über eine allseitige Einschränkung der Kriegsausübungen.

Im Weltkrieg liegt eine der stärksten Wurzeln des jetzigen Krieges. Die ausgetroffenen ist die erste Vorbedingung dafür, künftigen Kriegen vorzubeugen. Hier ist die Möglichkeit vorhanden, über den Status quo vor dem Kriege hinauszugehen, einen Fortschritt zu erzielen für alle, ohne Verletzung irgend eines der kriegsführenden Teile. Hier wird in besserer Form an materiellen Vorteilen das gegeben, was man vorgehlich durch Kriegsschädigung zu erreichen sucht: jede Willkür im Jahre, die durch eine Verminderung der Rüstungskosten erspart wird, entspricht der Verzinsung einer Kriegsschädigung von 20 Milliarden.

Mit dem Abkommen über Abrüstung und Schiedsgerichte wird auch das Maximum an materiellen Garantien gegen künftige Ueberfälle gegeben, das in der kapitalistischen Gesellschaft durch bestimmte Friedensbedingungen überhaupt erreichbar ist.

Den sichersten Schutzwall des Friedens bildet freilich nur ein politisch machtvoller, geistig selbständiges Proletariat, bildet dessen intensive Teilnahme an der äußeren Politik, die in vollstem Maße der Öffentlichkeit zu führen ist.

Macht und Selbstständigkeit des Proletariats, Offenheit und Klarheit in der Politik, Einheit im Innern, internationale Solidarität na schärfen bringen den Frieden, sichern den Frieden.

Dieser Friedensaufruf hat aber sofort wieder einen kleinen Krieg innerhalb der Opposition zur Folge gehabt. Die „Leipziger Volkszeitung“ sieht sich genötigt, dazu zwei Erklärungen der Verantwortlichen in der Minderheit zu veröffentlichen.

Der Referent der Gruppe „Internationale“ stellt fest, daß die Kundgebung nicht einstimmig angenommen wurde. Weiter erklärt er:

„Die Resolution Teltow-Beeslow (vertreten durch Genossen Borchardt) richtete sich nicht gegen die Resolution der Spartakusgruppe. Die Resolution Teltow-Beeslow enthält nur einige Änderungen gegenüber der ursprünglichen Fassung der Spartakus-Resolution, die jener zugrunde lag. Die Resolution Teltow-Beeslow war also nicht die Arbeit einer dritten Gruppe (auch nicht der „Internationalen Sozialisten Deutschlands“). Wenn der „Vorwärts“ und die bürgerliche Presse von den Resolutionen dieser Gruppen sprechen, so ist das ein Irrtum. Die 6 Stimmen, die auf die Resolution Teltow-Beeslow entfielen, gehörten vielmehr mit zwei Ausnahmen zur Spartakusgruppe.“

Borchardt selbst erklärt, er hätte das angenommene Friedensmanifest erst aus der Presse kennengelernt, da er vor der Abstimmung den Saal verlassen habe. Sonst würde er dagegen gestimmt haben, da der Geist des Manifests „durchaus bürgerlich-pazifistisch, aber nicht sozialdemokratisch“ ist. Borchardt führt dann weiter aus:

1. Die Opposition, die ich vertritt, hat niemals von der Regierung verlangt, daß sie ihre Friedensbereitschaft bekenne, weil diese Opposition in einer Einwirkung auf die Regierung keinen Weg zum Frieden erblickt. Demgemäß legt sie auch kein Gewicht darauf, ob die Regierung ihre Kriegsziele bekanntgeben; sie kennt sie ohnehin.

2. Das Friedensangebot des Reichskanzlers (vom 12. Dezember) betrachte ich nicht als ein Symptom aufsteigenden Friedenswunsches in den regierenden Kreisen.

3. Ich kann auch nicht dem Satz zustimmen, daß das Ringen um den Frieden nicht einseitig bleiben dürfe; denn darunter kann verstanden werden, daß die Sozialisten eines jeden Landes, ehe sie alles, was sie können, für den Frieden tun, sich erst vergewissern sollen, ob es die Sozialisten der andern Länder ebenfalls tun.

4. Mit besonderer Entschiedenheit wende ich mich gegen den Satz, daß die Sozialisten überall den Kampf gegen alle Parteien aufnehmen müssen, die den Krieg über diese (von den Regierungen bekanntgegebenen) Ziele hinaus fortführen wollen. Die Sozialisten müssen vielmehr gegen alle Kriegstreiber ansetzen, ganz gleich, was für Ziele sie angehen.

5. Eine Gebietsveränderung gutzubekennen, sofern sie die Zustimmung der betreffenden Bevölkerung findet, kann ich ebenfalls nicht mitmachen. Abgesehen davon, daß die Bevölkerung eines jeden Gebiets in Massen geteilt ist, folglich keinen einheitlichen Willen und auch keine einheitlichen Interessen hat, so daß ihre angebliche „Zustimmung“ immer nur die Zustimmung eines ihrer Teile wäre, und zwar natürlich der herrschenden Klasse, die die andern beeinflussen kann — abgesehen hiervon, halte ich dafür, daß die Gebietsveränderungen lediglich eine Sorge der bürgerlichen Klassen und ihrer Regierungen sind. Der Sozialismus erstrebt die Befreiung aller Grenzen und kann deshalb nicht an der Gestaltung irgendwelcher Grenzen mitarbeiten und die Verantwortung dafür übernehmen.

6. Den Satz: Im Weltkrieg liegt eine der stärksten Wurzeln des jetzigen Krieges, halte ich für falsch. Das Weltkriegs ist eine Folge der Expansion des Kapitals, gehört also nicht zu den Wurzeln des Krieges, sondern ist selbst erst aus dessen Wurzeln erwachsen. Deshalb muß der Versuch, das Weltkriegs auszuweiten, ohne dessen eigene Wurzeln vorher zu vernichten, notwendig fehlschlagen. Selbst wenn er aber gelänge, würde das künftige Krieges nicht verhindern, weil das Bedürfnis der kapitalistischen Expansion immer wieder von neuem zum Weltkrieg führen müßte. — Der Kampf gegen das Weltkriegs ist ein Kampf gegen Begleiterscheinungen, statt gegen die Wurzeln des Uebels.

7. Ein Abkommen über Abrüstung und Schiedsgerichte würde nach meiner Ueberzeugung nicht die allermindeste Sicherheit gegen künftige Ueberfälle geben.

Wir entnehmen daraus (ohne uns in den Kuddelmuddel ganz zurecht zu finden), daß auch die Arbeitsgemeinschaft keine Sozialdemokraten sind. Nun fehlt nur noch einer, der Borchardt nachweist, daß auch er nicht weiter ist als ein schlafrüchtiger bürgerlicher Philister.

Aber das kommt wohl auch noch!

Aus der Partei.

Oppositionskongress und Parteipresse.

Aus der Abhaltung der Oppositionskongress, auf der Spindler-Sonderkongressappell beauftragt und die von der Arbeitsgemeinschaft gebildete Spartakusgruppe offen die Parteizugehörigkeit zum Leitmotiv erhoben hat, folgern zahlreiche Reberzeitsblätter die Pflicht des Parteivorstandes, diesem Treiben energisch Einhalt zu tun. Die „Dresdener Volkszeitung“ schreibt: „Soll nicht die deutsche Arbeiterbewegung der völligen inneren Zermürbung und Zerrüttung verfallen, so muß den Arbeitsgemeinschaftlern und Spartakusleuten gesagt werden: wenn alle persönlichen Worte nichts genutzt haben, wenn ihr eine eigene geschlossene Organisation wollt, so kann das nur außerhalb der Gesamtpartei der deutschen Sozialdemokratie.“

Die „Sächsische Tagwacht“ hält es nicht wohl für möglich, daß die Parteimehrheit zu ihren künftigen Beratungen die Vertreter der neuen Partei noch zuzieht, die bereits ihre besondern Parteitage abgehalten hat. Die „Chemnitzer Volksstimme“ erklärt, daß sich die Partei selbst aufgeben, wenn sie das Gebahren der Opposition, die sich über die elementarsten Grundzüge politischen Handelns nicht einig ist, als bindendes Gesetz anerkennen würde.

Die Arbeitsgemeinschaft läßt zwar durch Lipinski klagen, daß die Spartakus-Leute nur mit der Arbeitsgemeinschaft zusammen gehen wollen, wenn sich diese den Anschauungen der Minderheit innerhalb der Opposition unterwirft, aber durch Dittmann läßt die Arbeitsgemeinschaft sofort anerkennen, daß niemand sich um die Beschlässe der Konferenz zu kümmern brauche, sondern jeder ins Land hinausgehen soll, um im Sinne seiner Anschauung zu wirken: der eine für, der andere gegen die Partei-zugehörigkeit, der eine für, der andere gegen offene Parteizugehörigkeit, der eine für, der andere gegen Massenaktionen, der eine für, der andere gegen die Gründung besonderer Gewerkschaftsorganisationen der Minderheit. Auf diese Weise hätte natürlich die Sozialdemokratie auf eine Partei zu sein; sie würde ein wirrer Haufen, in dem jeder tut, was ihm beliebt, und jeden erlaubt ist, was gefällt. Es bräunte dann nicht bei vier Gruppen zu bleiben, sondern jeder Führer könnte seine eigene Gruppe haben, wie das in Rußland und Polen so Sitte ist. Nun für die deutsche Arbeiterschaft läme dabei nicht mehr der kleinste Fortschritt heraus.

Derselben Meinung ist auch das „Hamburger Echo“: Die Arbeiterschaft dürfe nicht ruhig zusehen, wie ihre politische und gewerkschaftliche Vertretung von unverantwortlichen Leuten zur Freude des durch den Krieg erparften Kapitalismus zertrümmert werde.

Ergänzt ist, wie die „Leipziger Volkszeitung“ die „Einigkeit“ der Leute schildert, die das Jahrhundert ruhig in die Schranken fesseln und eine Welt nach ihrem Geiste madeln wollen.

Mit den Gegenfragen in der Opposition haben wir uns abgefunden. Wenn, wie die Verhandlungen verheißen, der Kampf zwischen den Richtungen in derselben sozialen Weise geführt wird, wie es in diesen Verhandlungen geschah, unbeschadet der Schärfe der Auseinandersetzungen, an der es wahrlich nicht gefehlt hat, so wird das Zusammenarbeiten der Opposition zu bestimmten aktuellen Zwecken, namentlich zur Abwehr von Gewalttätigkeiten des Parteivorstandes, möglich sein. Und das ist auf alle Fälle ein Erfolg der Konferenz — ob man dies Zusammenarbeiten von Fall zu Fall ein Schutz- und Trugbündnis nennt oder nicht, spielt keine Rolle. Im großen und ganzen hat diese Tagung, trotzdem es an den schon bekannten Angriffen auf die angebliche Halbheit und Unentschiedenheit der Arbeitsgemeinschaft durch die Sprecher der beiden anderen Gruppen nicht gemangelt hat und einzelne Redner sich noch zu härteren Angriffen verließen, den Eindruck hinterlassen, daß ein halbwegs erträgliches Nebeneinanderarbeiten der Oppositionsrichtungen sich anbietet.

Aus Groß-Berlin.

Die Berliner Verkehrsnot.

Mit den Zuständen im Berliner Verkehr, sowohl bezüglich der Stadtbahn wie der Straßenbahnen, wird sich nunmehr das Ministerium des Innern befassen. An der Sitzung sollen Vertreter des Kriegsamt, des Polizeipräsidenten und des Zweckverbandes Groß-Berlin teilnehmen. Die Vertretung der Berliner Arbeiterschaft, die Gewerkschaftskommission, die bisher an den Beratungen erfolgreich beteiligt war, ist befreundlicherweise nicht eingeladen worden.

Im übrigen bestehen die skandalösen Zustände ganz besonders auf den Strecken nach Spandau, Wittenau und Oberschöneweide in unüberänderter Schwere fort. In Oberschöneweide leidet unter den beispiellosen Verkehrsnot nur der Arbeiterverkehr, sondern auch, da dort die Schichten fast ständig wechseln, der Verkehr der Einwohner nach Berlin; die Züge sind von früh morgens bis abends fortwährend überfüllt.

Die Beschwerden über den Verkehr mit Spandau waren schon vor Jahren Gegenstand von Verhandlungen, die indes nicht zu einer Verständigung zwischen dem Magistrat Berlin, dem Zweckverband und den Spandauer Stadtverordneten geführt haben. Wie wir vor etwa acht Tagen berichteten, werden die erneut aufgenommenen Verhandlungen bestimmt zu einem befriedigenden Abschluß führen. Es ist, wie neuerdings mitgeteilt wird, geplant, die Gleise der Charlottenburger Straßenbahn mit den Gleisen der Spandauer Bahn zusammenzulegen, so daß das Umsteigen am Spandauer Bad vermieden wird. Außer der Linie R sollen auch die Linien P, N, 80, 81 und 164 den Dauerbetrieb nach Spandau mit Wagen der Großen Berliner Straßenbahn aufnehmen, so daß der Verkehr zwischen den beiden Nachbarstädten eine Regelung erfährt. Die zahlreichen Arbeiter, die in Spandau beschäftigt sind, erhalten auf diese Weise Gelegenheit, ihre Wohnurgen und Arbeitsstellen schneller, leichter und billiger als bisher zu erreichen.

Ueber die Verkehrszustände auf der Hochbahn in den Morgenstunden, mit denen wir uns gestern befaßten, wird uns im einzelnen noch von Augenzeugen mitgeteilt: Am Dienstag sind infolge der jeder Beschreibung spottenden Mißstände städtische Beamte zu spät zum Dienst gekommen, da die Hochbahnzüge namentlich auf den Stationen in der Schönhauser Allee so überfüllt waren, daß nur ein kleiner Teil mitfahren konnte. Viele der Zurückgebliebenen wollten sich von den Beamten der Hochbahn eine Bescheinigung über ihr Mißgeschick ausstellen lassen; die Beamten erklärten aber hierzu ungerne zu sein, denn sie hätten laufende solcher Bescheinigungen ausstellen müssen. Auf den Stationen Senefelder-, Bülow- und Alexanderplatz kamen die Hochbahnzüge so überfüllt an, daß es kaum möglich war, die Wagentüren zu öffnen. Von außen drängte die wartende Menge derart, daß das Publikum, das ansteigen wollte, die Wagen nicht verlassen konnte. Wie uns ferner berichtet wird, hat es infolge dieser beispiellosen Vorgänge an zerbrochenen Fensterläden in den Wagen der Hochbahn nicht gefehlt. Reibliche Vorgänge sind auch am Mittwochmorgen zu beobachten gewesen. Es wird die höchste Zeit, daß mit diesen einfach skandalösen Verkehrsverhältnissen aufgeräumt wird.

Durchgehende Arbeitszeit.

Von behördlicher Seite wird jetzt angeregt, die durchgehende Arbeitszeit allgemein einzuführen, um den Verkehrsawerigkeiten in den Industriestädten zu begegnen. Schon die Einführung der neuen Sommerzeit bedeute ja einen nicht unerheblichen, im großen Ganzen aber gelungenen Eingriff in die alte Zeit- und Arbeitsverteilung. Der 7-Uhr-Adenßluß und die Verkehrsbeschränkungen in seinem Gefolge haben weitere Unzulänglichkeiten im täglichen Stundenplan mit sich gebracht. Die Verödung an diese und andere Kriegsmaßnahmen würde zweifellos einen noch weitergehenden, auch im Interesse der Arbeiter liegenden Eingriff erleichtern. Jezt it werde, namentlich in der Großstadt, der wesentliche Teil der 1 1/2 oder 2-tägigen Mittagspause durch die Fahrt von und zu der Arbeitsstätte in Anspruch genommen. Ein Ausbau der ja bereits vielfach vorhandenen Volks- und Kriegs-Eisen oder auch nur die Bereitstellung von Aufwärmegelegenheit für das mitgebrachte Essen würde eine Verletzung der Mittagspause auf 1/2 oder 1/4 Stunden ohne weiteres ermöglichen, zugleich aber auch eine wichtige Entlastung des Straßenbahn- und Verkehrsverkehrs mit sich bringen und endlich dem gemeinlichschädlichen und zerräubernden „Anstellen“ namentlich der Arbeiterfrauen vor den Lebensmittelgeschäften wenigstens zum Teil steuern. Für die Zeit nach dem Kriege würde die durchgehende Arbeitszeit eine richtige Siedlungs-politik, die Bereitstellung von Kleinwohnungen, wenn angängig mit Heimgärten, weiter außerhalb der Stadt ermöglichen, für die doch die erste Voraussetzung sei, daß der Arbeiter früh genug nach Hause komme, um sich dem eigenen Heim und dem eigenen Landkücken widmen zu können. Erst mit der durchgehenden Arbeitszeit oder werde sich vor allem eine tatsächliche ins Gewicht fallende Erparnis an Licht und Kraft erreichen lassen.

Die Frage sei freilich, ob durch behördliche Maßnahmen die durchgehende Arbeitszeit zur Einführung gebracht werden kann. Dafür scheinen einstweilen die Verhältnisse noch zu verschiedenartig zu sein. Wohl aber ließe sich, namentlich wenn die Behörden und alle diejenigen Großbetriebe, die dazu irgend in der Lage sind, mit gutem Beispiel voranzugehen, zunächst wenigstens ein sehr wesentlicher Teil des gewerblichen Lebens auf die durchgehende Arbeitszeit zuschneiden — die ja, wie allgemein bekannt ist, seit vielen Jahren in Amerika und England vorherrscht und auch von zahlreichen deutschen Großfirmen und -Werken längst mit bestem Erfolg eingeführt ist, namentlich dann, wenn mit Hilfe von Kommunalbehörden, der Handels- und Handwerkskammer usw. für bestimmte Gewerbebezweige Vereinbarungen getroffen werden könnten.

Wrotzpolonäsen.

In den letzten Tagen herrichte in Berlin eine solche Knappheit an Brot und Schuppen, daß zahlreiche Bäckereien Schilde aushängten mit der Aufschrift: „Brot und Schuppen ausverkauft!“ Vor anderen Bäckereien mußte sich das Publikum in Reich und Glied anstellen, bis die geringen Vorräte ausverkauft waren.

Wie wir an interessierter Stelle erfahren, ist diese Vordwarenknappheit nicht auf den Mangel an Mehl überhaupt, sondern auf die schwierige Güterverteilung zurückzuführen. Weder Mehl noch Kohlen kommen in genügender Menge heran, so daß große Bäckereien am Tage vorher noch nicht wissen, ob sie am nächsten Tage genügend Material für die Wrotzbereitung bekommen werden.

Dieser Uebelstand erheischt uns so schmerzlich, daß wir von den Zentralstellen verlangen müssen, daß hier so schnell wie möglich Abhilfe geschaffen wird. Wenn nicht eines schönen Tages die Berliner Bevölkerung vor den leeren Vordertäben stehen soll, muß die Eisenbahnverwaltung unbedingt die nötige Vorsehung für

die rechtzeitige Anschaffung der nötigen Verbrauchsmaterialien treffen.

Die Kranken und die Krankenpflege. Die Verwaltung der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin hat vor einigen Wochen eine Umfrage bei den für sie tätigen Kassenzweigen über die Wirkung der zunehmenden Ernährungsschwierigkeiten auf die Kranken der Kasse veranstaltet. Das Ergebnis dieser Ermittlung hat die Ueberzeugung noch mehr befestigt, daß zahlreich und namhafte gesundheitliche Schädigungen der Kassenzweigen auf ungenügende Nahrung zurückzuführen sind. Solche Beobachtungen wurden ganz besonders bei weiblichen Mitgliedern, und hier wieder hauptsächlich bei Blutarmen, Nervösen und Tuberkulösen, gemacht. Der Kassenvorstand ist zu dem Beschlusse gelangt, erwerbsunfähigen Kranken in allen Fällen, in denen die behandelnden Kassenzweige dies für angebracht halten, auf Rechnung der Kasse Mittagsessen aus den öffentlichen Küchen zu bewilligen.

Auf ärztliche Verordnung erhalten die Kranken in der für sie zuständigen Zahlstelle Speisemarle, von denen täglich in der nächsten Speiseanstalt ein Tagesabschnitt abgetrennt und dafür ein Mittagessen verabfolgt wird. Die großen Gemeinden Berlins haben sich sofort bereit erklärt, die Karten der Kasse in Zahlung zu nehmen, und es ist bestimmt angenommen, daß dies auch von den kleineren Gemeinden geschehen wird.

Ein Kriegsgeldschuß zum Schutze ausfindlosger Rinder wurde — wie uns vom Magistrat mitgeteilt wird — am Mittwoch in einer Sitzung im Berliner Rathaus gegründet. Er hat die Aufgabe, die in Groß-Berlin bestehenden Rindergärten, Gorte usw. mit Rat und Tat, auch durch Vergabe von Geld, zu unterstützen. Vorsitzender des Ausschusses ist Stadtrat Sassenbach, Geschäftsstelle das Bureau der städtischen Wassendeputation, Berlin SW. 68, Alte Jakobstr. 88/85.

Wißlungener Raubanfall auf einen Juwelier.

Ein Raubanschlag verübten vier unbekannte Männer gestern nachmittag in der Kaiser-Wilhelm-Straße 37. Hier betreibt in dem Schaufenster an der Künigstraße im zweiten Stock der Juwelier Scheuer seit vielen Jahren einen Großhandel. Scheuer, der in den sechziger Jahren steht, ist als sehr wohlhabend bekannt. Die Kunden klingen an der Wohnungstür und werden über den Flur in die Geschäftsräume geführt. Hier stehen auf einem Leinwandtisch Glasfächer, in denen Juwelen und Brillanten ausgestellt sind, und mehrere feuer- und diebstahlsichere Schränke, die Hauptwerte bergen. Gestern nachmittag begehrten vier Männer Einlass. Das Dienstmädchen, das öffnete, hielt sie für Kunden und wies sie nach dem Geschäftssaal. Hier lag Scheuer bei der Arbeit. Die vier trafen sofort auf den alten Mann zu, zogen Revolver und schlugen auf Scheuer an. Dieser zerstückerte sofort die Scheiben des Doppelfensters nach der Straße zu und rief um Hilfe. Die Räuber wußten jetzt ihren Plan ausführen und entfernten sich ohne weiteres, aber ganz ruhig, als ob nichts geschehen wäre. Das Publikum achtete nicht auf die Hysterie und kümmerte sich nicht um den Vorgang. So entkamen die Räuber unangefochten.

Der Schmutz auf den Berliner Straßen hat bei dem gegenwärtigen Schnee- und Tauwetter derartig zugenommen, daß manche Stadtviertel für Fußgänger kaum passierbar sind. Trotz des ausgezeichneten Schmutzmaterials, mit dem unsere Kriegswirtschaft versorgt ist, ist es kaum möglich, eine Straße zu überfahren, ohne nasse Füße zu kriegen. Aber weshalb gehen die Berliner überhaupt zu Fuß, anstatt sich der weltstädtischen Verkehrsmittel zu bedienen, über die die Hauptstadt des Deutschen Reichs verfügt?

Die verbotenen Hauschlachtungen nehmen immer mehr zu, so daß sich die Polizei zu scharfem Einschreiten veranlaßt sieht. Besonders für die öffentliche Gesundheit bilden diese Hauschlachtungen eine große Gefahr, da das geschlachtete Fleisch ohne Untersuchung in den Handel gebracht wird. Stellt die Polizei solche verbotene Hauschlachtungen fest, so wird ohne weiteres alles Fleisch, ohne eine Entschädigung dafür zu gewähren, eingezogen und das gesunde Fleisch dem Magistrat überwiesen. So geschah es erst gestern wieder mit drei halben Schweinen in der Reichsberger Straße.

Eine besonders unvollkommene Erscheinung war die Polizei auf einem Grundstück in der Emdener Straße. Hausbewohner hatten dort beobachtet, daß bei Rietern eine große Zahl von Besuchen eintraf. Nach kurzer Zeit wurden mit einem Kuderwagen zwei Schweine von zirka 1/2 Zentner herbeigebracht. Die Vermutung der Anwohner, daß die Schweine wohl einem großen Schlachtfest dienen sollten, fand die herbeigebrachte Polizei bestätigt, denn in der Wohnung waren Vorbereitungen getroffen worden, daß kein Laut nach außen dringen konnte. Die Wohnungsinhaber gaben an, die Schweine zum Preise von 500 M. pro Stück von einem Händler gekauft zu haben. Zum Entsetzen der Anwesenden wurden die beiden Tierchen beschlagnahmt und dem Magistrat zur Verfügung gestellt.

Die Diebstähle in der Draniendurger Dampfmühle haben sich nicht als so umfangreich erwiesen, wie anfangs gemeldet wurde. Der Fuhrmann Nied in Draniendurg hat im ganzen zwei Säck Roggenmehl, 1/2 Sack Weizenmehl und 10 Sack Kleie entwendet, die er nicht verkauft, sondern für sich verbrannt und an seine Tiere verfüttert hat. Ferner hat er zwei Sack Kleie entwendet; es handelt sich aber hierbei um Säcke, die schon leer waren. Der Schaden beläuft sich auf 200 bis 300 M. und nicht auf mindestens 40000 M. Die amtlichen Feststellungen haben ferner einwandfrei ergeben, daß das gestohlene Mehl nicht aus Verabredung für die verorgungsberechtigten Gemeinden des Kreises Niederbarnim stammte, so daß deren Weidbergrugung nicht beeinträchtigt wird. N. hat sich der Polizei selbst gestellt, ist aber wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Ein Hund erstickt. Aufregende Szenen trugen sich in der Nacht zum Donnerstag in der Reinickendorfer Str. 80 zu. Dort war in einer Wohnung Feuer ausgebrochen, das schnell Nahrung gefunden hatte. Hausbewohner drangen nach vor Anbruch der Feuerwehr in die total verqualmte Wohnung ein und holten die ein- einhalbjährige Gertrud Schwarz heraus. Das Kind wurde der inzwischen eingetretenen Feuerwehr übergeben, die Wiederbelebungsbemühungen anstellte, welche indes leider vergeblich waren. Alle übrigen Personen im Hause hatten sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen können. Ein Arzt stellte fest, daß das Kind erstickt war.

Todessturz eines Kindes. Die im vierten Stock des Duergebäudes Kaiser-Friedrich-Straße 11 in Neukölln wohnende Frau Martha Krug hatte Dienstag nachmittag eine eilige Besorgung zu erledigen und ließ ihre dreijährige Tochter Gertrud schlafend allein in der Wohnung zurück. Während der Abwesenheit der Mutter erwachte die Kleine, kletterte auf einen vor dem Küchenfenster stehenden Stuhl, öffnete das Fenster und sah hinaus. Dabei lehnte sie sich zu weit hinaus und stürzte auf den Hof hinab. Das Kind erlitt so schwere Verletzungen, daß es auf der Stelle starb.

Begen Unterschlagung von Brotkrumen ist ein hiesiger Einwohner durch rechtskräftiges Urteil der dritten Strafkammer des Landgerichts I zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Das Verschwinden des 23jährigen Dienstmädchens Charlotte Gensel, das beim Gastwirt Hartmann in Solm beschäftigt war und am 2. d. M. sich entfernt hatte, ohne seinen Lohn und seine Kopiere abzurufen, beschäftigt die Potsdamer Kriminalpolizei. Man befürchtet, daß die D. verschleppt wurde oder einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter Filiale Baumgartenweg. Den Küstlern, welche in Alexion wohnen, zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 13. Januar 1917, abends von 6 1/2—10 Uhr, im Lokal von Vorch, Eisenstr. 101, Ecke Riechholzstraße, loffert wird.

Aus den Gemeinden.

Stadtverordnetenversammlung in Charlottencburg.

Zu der Sitzung vom Mittwoch erfolgte zunächst die Wahl des Vorstandes für das Jahr 1917. Zum Vorsteher wurde der bisherige Vorsteher Dr. Freytag, zu seinem Stellvertreter der bisherige Stellvertreter Dr. Dudaitsch, zu Beisitzern die bisherigen Beisitzer Stadtr. Dr. Vorhardt (Soz.), Dr. Gengmer, Duns und Ruz einstimmig wiedergewählt.

Nachdem sodann der Vorsteher dem Stadtverordneten Dr. Dudaitsch, der mit Beginn des Jahres auf eine 25jährige Tätigkeit als Stadtverordneter zurückblickt, warme Worte der Anerkennung zuwendete, denen sich namens des Magistrats Oberbürgermeister Dr. Scholz anschloß, schritt die Versammlung zur Wahl der Mitglieder der ständigen Ausschüsse. Von der sozialdemokratischen Fraktion gehören an dem Wahlausschuß: die Genossen Bode, Scharnberg, Witt; dem Petitionsausschuß: Aliz und Leubold; dem Rechnungsprüfungsausschuß: Goser und Aliz; dem Ausschuß zur Prüfung von Stadtverordnetenwahlen: Vorhardt und Hirsch.

Die Versammlung genehmigte sodann die Annahme einer Stiftung der Erben des verstorbenen Stadtverordneten Dr. Franz zugunsten der Arbeiter der städtischen Gaswerke und wählte zur Verwaltung der neu zu errichtenden Wohlfahrtschule für Fürsorgetöchter eine Deputation, der als Vertreter der Sozialdemokratische Genosse Kaysenlein angehört.

Verhaftung des Riesenwindlers.

Der Riesenwindler Rindfleisch, der mit seinen Helfershelfern unter dem Namen Oberleutnant Hammer die Stadtgemeinde Neukölln um 210 000 Mark betrog, ist, wie amtlich hierher bestätigt wird, in Grünberg i. Schl. verhaftet worden. Die Kriminalpolizei ermittelte, daß Rindfleisch, nachdem er aus der Schalgowischen Wohnung in der Jählinger Straße verschwunden war, sich noch in einem Hotel aufgehalten hatte. Es gelang ihm auch, sich eine Photographie von ihm zu verschaffen und so festzustellen, daß der Oberleutnant Hammer mit Rindfleisch, der von der Staatsanwaltschaft zu Köln a. Rh. schon gesucht wurde, ein und dieselbe Person sei. Außerdem wurde festgestellt, daß „Hammer“ die Absicht hatte, eine Riefenbergsreise zu unternehmen. Das Klag umso wahrscheinlicher, als Rindfleisch-Hammer aus Schlesien gebürtig ist. Er stammt aus Ober-Slogau und seine Mutter wohnt in Grünberg. Es wurde daher vermutet, daß der Verfolgte bei seinem Auszug auch seine Mutter besuchen werde. Diese Annahme war richtig, und Rindfleisch wurde, als er dort eintraf, sofort verhaftet. Er behauptete, daß er kein Geld besitze, sondern von den anderen betrogen worden sei. Rindfleisch-Hammer wird wahrscheinlich nach Essen oder ebenfalls nach Köln a. Rh. zu seinem bereits wegen früherer Schwindeltaten verhafteten Komplizen Hellermann gebracht werden.

Lebensmittelnachrichten aus Wilmersdorf. Die Eintragung in die Kundentafel zum Kartoffelbezug muß bis zum Sonnabend, den 13. Januar, bewirkt sein, da vom 15. ab Kartoffeln nur noch in der Verkaufsstelle entnommen werden können, in der der Kartennachhaber eingetragen ist. Diejenigen Personen, die ihren Winterbedarf bereits gelagert haben, sind zur Eintragung erst berechtigt, wenn ihr Vorrat nach der jetzt geltenden Wochenrate verbraucht sein darf. Vom heutigen Tage bis zum 31. Januar kann auf Abschnitt 18 der neuen Karte je ein Ei abgegeben werden. Die Verabfolgung an die Käufer kann wegen der nur nach und nach eintreffenden Zufuhren allmählich erfolgen.

Auf Abschnitt 4 der neuen Haushaltkarte kann eine Dose ländliche Vollmilch oder 100 Gramm Vollmilchpulver bezogen werden. Vorbestellungen darauf müssen bis zum 13. Januar in den durch Auszeichnung gekennzeichneten Geschäften abgegeben werden. Bei der Bestellung erhält der Kunde für den abgegebenen Abschnitt eine Quittung, gegen deren Zurückgabe dann nach zirka 8 Tagen die Milch verabfolgt wird.

Kaufhausverkauf in Neukölln. Die Inhaber der Haushaltungskarten für 6 und mehr Personen können vom heutigen Tage ab auf den Abschnitt U der Haushaltungskarte je 1 Pfund Kaufhaus zum Preise von 50 Pf. in den städtischen Verkaufsstellen Donaustr. 131 und Reichsbergr. 24 beziehen. Auch die Inhaber der Haushaltungskarten für 1 bis 5 Personen, die noch keinen Kauf bezogen haben, können den auf sie entfallenden Anteil entnehmen.

Kohlverkauf in Pankow. Vom heutigen Tage ab verkauft die Gemeinde in den mit dem Kartoffelverkauf betrauten Gemüsegeschäften Wixinglohl zum Preise von 22 Pf. pro Pfund. Auf Abschnitt 58 der Lebensmittelkarte kann ein Pfund entnommen werden. Die der Gemeindeverwaltung mitteilt, ist der Kohl in so reichlichen Mengen den Wiederverkäufern verabfolgt, daß jeder sein Quantum bekommen muß und Ansammlungen vor den Verkaufsstellen deshalb vermieden werden können.

Lebensmittelnachrichten aus Hohndorf. Am heutigen Tage gelangen auf dem Gemeindebureau Familien-Lebensmittellisten zur Ausgabe. Auf diese Karten erhalten vom Sonnabend an Familien bis 3 Personen 1/2 Pfund Rubeln und 200 Gramm Graupen, Familien mit mehr als 3 Personen 1 Pfund Rubeln und 200 Gramm Graupen. Abgetrennt wird Abschnitt 1 der Karte. Die Waren müssen dort entnommen werden, wo die Familie zum Zuckerbezug eingetragen ist. Bei Familien Kaufleuten ist auch Speiseöl zum Preise von 3,20 M. für 100 Gramm zu haben.

Gerichtszeitung.

Korpuslenz als Verdachtsmoment. Daß ein Angestellter durch wohlgenährtes Aussehen in den Verdacht des Diebstahls kommen kann, zeigte eine Mittwoche vor der ersten Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts stattgehabte Verhandlung. Bei der Zugvernehmung eines A. Kirchheim war gegen Ende v. J. eine ganze Reihe von Hausdiebstählen verübt worden, ohne daß es gelingen wollte, den Hausdieb gleich zu ermitteln. Es verschwanden besonders wertvolle Seidenstoffe, zu welchem Lager auch der die Klage erhebende Lagerist Zutritt hatte. Auf ihn, der erst kurze Zeit im Hause war, lenkten zwei langjährige Angestellte den Verdacht und beobachteten ihn insgeheim. Eines Tages meldeten sie dem Geschäftsführer B., der Kläger sehr so verdächtig stark am Körper aus, er sei auch nach einem Aufenthalt im Seidenlager, wo er nichts zu tun hatte, auffallend lange auf der Toilette gewesen. Der Geschäftsführer ließ sich sofort den Verdächtigen ins Privatkontor rufen und fragte ihn, ob er jemanden in dem Verdacht der Hausdieberei habe. D. verneinte, worauf B. an ihn die Anforderung richtete: „Wollen Sie, bitte, aufpassen!“ Der Kläger erklärte, es sei ihm peinlich, denn seine Leibwäsche sei nicht sehr sauber, da er erst am nächsten Tage, einem Sonntag, mit der Wäsche zu wechseln pflege. Der Geschäftsführer aber meinte: „Das macht nichts, wir sind ja unter uns!“, und so gab D. nach, knöpfte Rod und Weste auf und ließ die Hosen herunter. Das Ergebnis der Untersuchung war ein dem Verdächtigen günstiges; B. fand am Körper kein Diebesgut versteckt und schickte dann den Verdächtigen mit den Worten hinaus: „Es ist gut, nun sind Sie vom Verdacht gereinigt.“ Erst zu Hause, als er den Vorfall mit seinen Eltern besprach, wurde ihm klar, weshalb beschämender Untersuchung er ausgesetzt war. Er stellte seinen Dienst sofort ein und erhob Klage auf Zahlung des Gehaltes bis Vertragsablauf. Wenige Wochen nach seiner Dienstentlassung wurde der wahre Dieb in der Person eines Hausdieners gefaßt. — Das Kaufmannsgericht kam zur Abweisung des Klägers. Er habe aus freiem Willen sich körperlich untersuchen lassen. Nach der der Firma gewordenen

Darstellung erweise es berechtigt, daß diese ihm Gelegenheit geben wollte, sich vom Verdacht zu reinigen. Ein Verschulden treffe die Beklagte nicht, und nur ein solcher hätte den Anspruch des Klägers berechtigt.

Aus aller Welt.

Doppelmord und Selbstmord.

Eine entsetzliche Familientragödie hat sich in Schwanebed im Kreise Dickslebeng abgepielt. Als das dort bei dem Betriebsleiter des Portlandzementwerkes Rudolf Förster beschäftigte Dienstmädchen von einer Reise zurückkehrte, sah es zu seinem Entsetzen die einzige 16jährige Tochter Försters in der Veranda tot auf dem Boden liegen. Die Leiche wies eine Schußwunde im Kopfe auf. Als das Mädchen das Schlafzimmer verließ, fand und ihm auf wiederholte Rufe nicht aufgemacht wurde, benachrichtigte es die Polizeibehörde, die das Zimmer öffnen ließ. Hier lag auf dem Fußboden die Leiche der Frau Förster, die ebenfalls eine Schußwunde im Kopfe aufwies, und am Fensterkreuz hatte sich Förster erhängt, nachdem auch er sich eine Schußverletzung in den Kopf beibrachte hatte. Nach dem Befunde ist anzunehmen, daß Förster zuerst seine Tochter, dann seine Frau erschoss und sich schließlich selbst das Leben genommen hat. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist die Tat nicht mit Einverständnis der beiden Frauen verübt worden. Daraus läßt der Umstand schließen, daß am Tage der Tat Mutter und Tochter eifrig mit den Vorbereitungen für die Reise der Tochter in ein Pensionat beschäftigt waren. Witten in dieser Arbeit sind sie erschossen worden. Wahrscheinlich hat Förster die Tat in einem plötzlichen Anfälle geistiger Ummachtung ausgeführt.

Bernteiler Getreideschieber. Die Strafkammer in Königsberg verurteilte nach zweitägiger Verhandlung den Leiter des Kriegsgetreideamtes des Kreises Tuchel, früheren Mühlenschieber Berndt aus Tuchel, wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz und Bestechung, sowie wegen übermäßiger Preissteigerung zu einem Jahr Gefängnis, 78 450 M. Geldstrafe und fünf Jahren Ehrverlust. Berndt war an den Getreideschiebungen von Westpreußen nach Berlin beteiligt.

Uberschwemmungen in Australien. Wie die Londoner „Daily News“ mitteilen, wird der durch die Uberschwemmungen verursachte Verlust an Vieh allein im Bezirk Clermont auf 40 000 Schafe und 1000 Rinder geschätzt.

Die Schifffahrt auf der Seine mußte eingestellt werden, weil der Fluß über die Ufer getreten ist. Man befürchtet schwere Störungen des Verkehrs.

Zum Untergange des deutschen Fischdampfers „Frothaus“ erklärte im gestrigen Seeverhör der wachhabende Steuermann des dänischen Dampfers „Petrola“, daß der Fischdampfer kurz vor dem Zusammenstoß den Kurs geändert habe, so daß der Zusammenstoß unvermeidlich geworden sei. Die deutschen Ueberlebenden sind ein Kaschmiri, ein Heizer und zwei Matrosen, die im Augenblick des Zusammenstoßes unter Deck waren. Sie können nichts über die Kursänderung aussagen, konnten auch die Ursache hierfür nicht erklären. Sie sehen den Tod der übrigen Besatzung für wahrscheinlich an.

Briefkasten der Redaktion.

M. G. 16. Sie möchten sich mit einer Anfrage an die Behörde des letzten Wohnortes Ihrer Tante wenden. — E. I. Sie können nicht ohne Räumung anschießen, sondern müssen beim zuständigen Amtsgericht auf Lösung des Vertrages klagen. Sie können dabei zu gleicher Zeit Ihren Anspruch auf Schadenersatz geltend machen. Auch die Klage dürfen Sie nicht einhalten. — E. R. 25. 1. Kein 2. Wenden Sie sich an die zuständige Gewerkschaftsorganisation. — A. A. 20. Eine weitere Besondere ist unzulässig. — Fr. P. 12. Formulier, Einträge oder Gebührenerlöse am Schluß; landunabhängig. — A. P. E. 18. 1. Sie können sich freiwillig melden. 2. Ja. 3. Der Bescheid braucht sich nicht zu melden und wird auch nicht zum Jubiläum gezummen. — Zoltis 62. Kein, es wird nur die höhere Rente gezahlt. Da die Invalidenrente die höhere ist, so besteht kein Anspruch auf die Altersrente. —

Weitererachten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Zeitweise etwas auffarend, jedoch nachteilig, vorwiegend trübe und neblig, mit geringen Niederschlägen.

Die Bekanntmachung des Oberkommandos in den Marken, betreffend Beschlagnahme und Bestandberhebung von Calcium-Carbid teilt mit Beginn des 12. Januar 1917 in Kraft.

Die vollständige amtliche Bekanntmachung erfolgt an den Anschlagstelen und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, Berlin, den 12. Januar 1917.

12. I. 1917. II. 1. 1917. Der Polizeipräsident.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen
Zahlstelle Berlin.
Wir bringen unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Sollege, Brauer **Richard Springer** (Schultheiß IV, Niederhöfenstraße) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 12. Januar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des II. städtischen Friedhofes, Gethsemane (Blanke Höhe) aus statt.
Um gerechte Beilegung ersucht
1917/13 **Der Vorstand.**
Ferner verstarb am 10. Dezember unsere Genossin

Sozialdemokratischer Wahlverein für Berlin-Schöneberg, Bezirk I.
Am 8. Januar verstarb nach langem Leiden unser Mitglied, der Bauer **Wilhelm Karnowski.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 12. Januar 1917, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des II. städtischen Friedhofes, Gethsemane (Blanke Höhe) aus statt.
Um gerechte Beilegung ersucht
1917/13 **Der Vorstand.**
Ferner verstarb am 10. Dezember unsere Genossin

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Verwaltung Groß-Berlin.
Am Montag, den 8. Januar, verstarb unser langjähriges Mitglied **Ernst Schwarz.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 12. Januar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Adlerholzer Gemeindefriedhofes, Hakenbergstraße, aus statt.
56/4 Die Ortsverwaltung.

Willi Blaser
findet am Montag, den 15. d. M., nachm. 4 Uhr, auf dem Friedhof Wilmersdorf statt.
Im Namen der Hinterbliebenen **Berthold Blaser.**
Lützowstr. 11, Berlin SW. 68.

Adlerfaat
Zeit mehr Gemüts, doch ist unser Buch und reißt zu wagen. / Frühgemüse, Spargel, bunte Blumen, / Weisses Früh- u. Spargelgemüse haben Belohnung.
Buch u. Gesamtpreisliste gegen Einzahlung von 45 Pf. in Marken **Adler & Co. Samenzüchter Erfurt 52**

In Freien Stunden.
Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Pro Heft 15 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.